

# Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 221 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Sonntag Montag, 23./24. Sept.

Chefredakteur: M. Braun

Ein amtlicher  
deutscher  
Greuelbericht

Seite 4

## Massenelend und Börsentänze

### Wachsende Teuerung und steigende Aktien

#### Der drohende Einmarsch

##### Die Rüstungen für den Putsch in der Saar

Die nachstehende amtliche Kundgebung der Regierungskommission des Saargebietes verdient gerade auch außerhalb des Saarlandes größte Beachtung.

Die Regierungskommission bringt aus dem Briefe eines führenden Nationalsozialisten den Beweis, daß der frühere Landesführer der sogenannten „deutschen Front“, Herr Spaniol, mit dem Einmarsch eines Heeres von 15.000 saarländischen Arbeitsdienern aus dem Reich in das Saargebiet droht. Herr Spaniol kündigt an, dann mit seinen Gegnern abzurechnen zu wollen. Das betrifft nicht nur die Marxisten, sondern auch die Katholiken außerhalb und innerhalb der „deutschen Front“.

Es wird vergeblich sein, diesen Anspruch des Herrn Spaniol zu bagatelisieren. Spaniol ist nicht nur preussischer Staatsrat, sondern auch von dem Herrn Reichsfiskus persönlich mit der Führung der Saarpropaganda im ganzen Reich beauftragt. Er ist also neben dem Saarkommissar Würkel der führende Mann für Saarfragen im Reich.

Der Anspruch Spaniols zeigt, warum die saarländischen Arbeitsdiener im Bereich von Sandgraben und anderen militärischen Übungen ausgebildet werden.

#### Amliche Kundgebung!

Schreiben der Regierungskommission des Saargebietes vom 8. 9. 1934 an den Völkerbundrat, betreffend die Eingabe der Deutschen Front vom 5. September 1934.

Herr Generalsekretär!

Ich beehre mich, Ihnen in der Anlage eine neue, an den Völkerbundrat gerichtete Eingabe der „Deutschen Front“ vom 5. September 1934 zu übermitteln.

Die Regierungskommission hält es nach den zahlreichen Berichten, die sie bereits an den Rat gerichtet hat, für überflüssig, im einzelnen auf jede der in dieser Eingabe enthaltenen Behauptungen einzuzutreten. Sie begnügt sich mit der Feststellung, daß die gegenwärtig der letzten Durchsuchungen beschlagnahmten Schriftstücke keinerlei Unterbrechung in der Leitung des freiwilligen Arbeitsdienstes unter der Weisung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (N.S.D.A.P.) und derjenigen der „Deutschen Front“ nachweisen.

Zur Aufklärung der Rolle, welche der freiwillige Arbeitsdienst von Saarländern im Reich im Geiste des Nationalsozialismus spielt, der diesen Dienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Behörden geübt hat — Bericht vom 17. August 1934 —, bezieht sich die Regierungskommission in Abschrift und Uebersetzung ein beschlagnahmtes Schreiben neueren Datums zu überreichen, das von dem Landesgeschäftsführer der „Deutschen Front“ an den Landesführer dieser Organisation gerichtet ist. Obwohl aus diesem Schreiben geschlossen werden kann, daß die „Deutsche Front“ in ihrer letzten Form die Absicht des Herrn Spaniol mißbilligt, der sich bemüht, einzuführen zu sein, „an der Spitze seiner im N.S.D. lebenden Arbeitsdiener in das Saargebiet einzumarschieren“, so zeigt die Tatsache allein, daß der Gründer dieses Arbeitsdienstes, der den Titel eines preussischen Staatsrates weiter trägt, sich derart äußern konnte, die Regierungskommission zu höchster Wachsamkeit. Aber die kaum verheimlichten Proben, welche der verantwortliche Landesgeschäftsführer der „Deutschen Front“ sich nicht scheut, unter dem 9. Juli 1934 auszusprechen, geben denjenigen des Herrn Spaniol an Grund nichts nach.

Die Regierungskommission behält sich vor, dem Rat späterhin einen umfangreichen Bericht über die Tätigkeit der „Deutschen Front“ zu erhitzen.

Die Mitglieder der Regierungskommission, mit Ausnahme des Präsidenten, möchten nochmals darauf hinweisen, daß die Berichte, die im Namen der Regierungskommission an den Völkerbundrat gerichtet werden, in gemeinsamer Signatur beschließen sind und in folgedessen die Kommission in ihrer Gesamtheit verantwortlich verpflichtet.

Genehmigen Sie usw. . . .

gez. W. G. RNOY

An den Herrn Generalsekretär des Völkerbundes, Genf.

Abschrift!

Veter Schaub.

A. S. Kälber, den 9. 7. 34.  
Widmarstraße 6.

Herrn Jakob Pirro,

Landesleiter der Deutschen Front, Saarbrücken 4.

Herrn Pa. Pirro!

Wagnerschmend auf Ihre telefonische Unterredung bin ich selbstverständlich bereit, die Ihnen als Landesführer mitgeteilte Meinung des Herrn Staatsrat Spaniol, schriftlich zu bekräftigen. Mein Mitarbeiter Pa. Pirro hat grundsätzlich recht, wenn er betont, daß man von Bemerkungen, die man in privaten Kreisen erzählt, nicht verstanden haben soll. Ich bin eben außer dem Vorkontak und noch Landesgeschäftsführer der N.S.D.A.P. im Saarland. Als solcher trage ich eben auch eine besondere Verantwortung und fühle ich mich einfach verpflichtet, Ihnen als Landesleiter, derartiges mitzuteilen. Wenn man wie ich, seit Monate als ehrenamtlich tätigen Landesgeschäftsführer der N.S.D.A.P. mit Herrn Spaniol und seinen Mitarbeitern zusammen war, darf man sich auch ein Urteil erlauben. Ich fühle mich einfach verpflichtet, vor verständlichen, doch solchen jungen Menschen, denen jegliche Lebenserfahrung fehlt, vielmehr erneut eine solche Warnung überzusetzen wird. Man braucht sich doch nur die gemeinen Männer um Herrn Spaniol genauer anzusehen, um zu begreifen, daß es als

Berlin, 22. Sept. Die Samstagskäufe, die sich seit Monaten auf Textilien erstrecken, haben seit einigen Wochen auch auf haltbare Lebensmittel übergegriffen. Aus vielen Städten des Reichs wird uns zuverlässig gemeldet, daß Erbsen und Linsen in zahlreichen Geschäften überhaupt nicht mehr zu haben sind, weil sie in Mengen von zehn Pfund und mehr aufgefauft worden sind. Die ärmeren Leute haben das Nachsehen. Man sagt ihnen in den Geschäften zum Trost, daß bald neue Ware hereinkommen werde; nur sei diese etwa doppelt so teuer wie die frühere.

Die wachsende Sorge in der Bevölkerung sucht man durch statistische Schönfärberei zu zerstreuen, aber es wirkt nicht sehr beruhigend, wenn man nun liest, daß die Progetreideernte „nur“ um 16,8 Prozent, diejenige von Getreide und Hafer „nur“ um 19 Prozent hinter der vorjährigen zurückbleibe. Im Handelsteil verdeckt findet man, daß die Ernte von Weizen um 47 Prozent niedriger liegt als im Vorjahre und die Viehhaltung immer schwieriger wird. Allein bei Rindern ist die Abzählungsziffer 30 Prozent höher als im Jahre 1933.

Die Schätzung der Kartoffelernte sollte bisher nach Realität nicht veröffentlicht werden. Jetzt beginnt man der kritischen Stimmung in den Großstädten Rechnung zu tragen und gibt zu, daß die Schätzung mit etwa 1,87 Millionen Tonnen gegenüber 2,10 Millionen Tonnen im Vorjahre angelegt werden muß, daß also ein Defizit dieses wichtigsten deutschen Nahrungsmittels von 40 Prozent entstanden ist. Noch zerschütternder als diese wahrheitslieblich viel zu optimistischen Schätzungen der Ernte wirkt aber die Preisgestaltung auf die Konsumenten.

Die Bevölkerung spürt nämlich, daß der Berliner Preis für gelbe Kartoffeln Anfang September auf 7 RM, gegen 2,50 RM, pro 100 Kilo im Vorjahre gestiegen ist, und daß beispielsweise der Erbsenpreis in der gleichen Zeit eine Erhöhung von 30,50 RM, auf 60 RM, erfahren hat. Noch auffällender ist die Preissteigerung für Speck (100 gegen 144 RM) und für Fleisch, wenn man bedenkt, daß die Abzählungen angesichts der Futtermittelnot steigen.

Hier liegt der Grund in den händigen Ankäufen einer besonderen Reichshilfe, die erhebliche Fleisch- und Speckmengen zu Konserven usw. verarbeiten läßt. Während man sonst immer wieder betont, daß Preissteigerungen vermieden werden müßten, verzichtet man hier auf eine besonders günstige Gelegenheit der Preisverbilligung. Nach der Ursache braucht man nicht lange zu suchen, wenn man bedenkt, daß auch diese Anlage von reichen Konfervenagern in das Gebiet der planwirtschaftlichen Kriegsvorbereitung fällt.

Nach dem Ruher der Kriegswirtschaft werden immer neue und kostspieligere Organisationen aufgebaut. Allein die neue Reichs-Gewirtschaftsstelle arbeitet schon jetzt mit einem Personal von mehr als 170 Fachleuten. Bedenkt man, daß es im ganzen 25 solche Wirtschaftsstellen gibt, und daß man sich erst im Beginn des Aufbaues befindet, so kann man sich einen Begriff davon machen, in welcher Weise die Bürokratisierung der Wirtschaft fortschreitet.

ein Blick zu werfen ist, daß unser Führer durch seinen Stellvertreter, Reichsminister Pa. Gey, bzw. alten Kämpfer, Pa. Pirro, für Hinderung in der Saarregulierung Sorge trug. Grundtätig sei bemerkt, daß mir nichts weniger liegt, als die Person des Herrn Spaniol herabzuwürdigen. Man kann ihn alleine für das Geschehene nicht verantwortlich machen. Es wäre für ihn besser gewesen, wenn er als immerhin junger Pa. in seinem jugendlichen Alter nicht so schnell zum Landesführer und Staatsrat aufgestiegen wäre. Wenn Pa. Spaniol, wie wir, vier Jahre im Feindesland der Front gehalten, dann hätte sein Mitarbeiterdasein nicht größtenteils aus jungen Menschen bestanden, denen jegliche Lebenserfahrung und Fingerfertigkeit fehlt. Die Neugründung der Zeitung „Saar-Vort“ (Saarpost) wäre nach meiner persönlichen Ansicht, auch zu vermeiden gewesen. Wäre die Zeitung aus eigenen Mitteln entstanden — damit sie kein Unheil anrichte — hat man sie brutal zurückgeschoben. Wenn ich mir so manches Geschehene vor Augen führe, so darf man nur sagen, daß es noch auf absehenden ist. Die Neugründung der deutschen Front am 1. 3. 34 war von der politischen Seite gesehen für das Saargebiet ein Glück. In die Saarheimat erst über die Spitze des 1. 1. 34, dann können wir unter Schutz ruhig in die Hand des Mannes legen, der erst am 20. 6. 34 mit seinen manchen und echten Mitkämpfern erneut bewiesen hat, wer er ist. Innerhalb 48 Stunden wird der Führer manchen Spatz angetrieben haben. Unser Pa. Dr. Keitel hat in seinen Ausführungen richtig betont, daß die Sache aber die Person zu helfen ist. Auf Grund der besonderen Verhältnisse des Saargebietes, sind eben besondere Maßnahmen erforderlich, die eben nur von Personen verlangt werden können, die erkrankt alte nationalsozialistische Kämpfer und zweitens lebendverlorene Männer sind. Wenn also ein Mann in der Stellung des Herrn Spaniol im Kreise lebendverlorener, alter Frontsoldaten allen Grundes erzählt, daß wenn das Saargebiet durch die heutige Führung verloren ginge, würde er an der Spitze seiner —? im N.S.D. lebenden 17.000 Arbeitsdiener, in das Saargebiet einmarschieren, um dasselbe in einen Trümmerhaufen zu verwandeln, dann erbringt sich ein Kommentar hierzu. Richtig man noch den Anspruch hinzu: Dann wird aus einem Spaniol ein Nero, dürfte der Sprecher bewiesen haben, daß er noch lange nicht reif ist, die Geschicke eines ganzen Landessteils zu lenken. Lediglich das Gefühl des Soldaten der braunen Armee, daß das Allgemeinwohl unbedingt über die Person zu stellen ist, bzw. mein Verantwortungsgesühl als Landesgeschäftsführer haben mich bewogen, Ihnen Vorstehendes mitzuteilen. Es wäre der Führer geblieben, wenn nicht wenigstens ein

Die Rohstoffnot führt zu gewaltigen und kostspieligen wirtschaftlichen Experimenten. Man erzählt in Fachkreisen, daß die Reichsregierung eine Subvention von 100 Millionen Reichsmark für die Herstellung von Ersatzbaumwolle nach neuen Verfahren bereitgestellt hat.

Das Zentrum der neuen Industrie soll die Stadt Frankfurt am Main werden. Vereinzelt werden schon Pochen von Kleibern zum Verkauf gebracht, die aus neuen synthetischen Materialien hergestellt worden sind. Die Stoffe sollen ganz gut aussehen, sich aber sehr rasch abnutzen.

Einer der Hauptproduzenten künstlicher Textilien ist die J.G. Gorden-Industrie.

Nach ihrem neuen Verfahren wird gewöhnlich Buchenholz zu Fasern verarbeitet, die dann mit geringen Zusatzstoffen reiner Wolle vermischt den Ersatzstoff „Wollstra“, mit Seide vermischt den Ersatzstoff „Silkstra“ ergeben.

So wird Buchenholz zu Kleibern, Wäsche, Strümpfen, Arznavatten usw. verarbeitet. — Noch phantastischer klingt ein neues Verfahren der Remberg-W.G., die aus Kupfer eine Faser herstellt, die unter dem klingvollen Namen „Coprakammgarn“ zu Kleiderstoffen verarbeitet wird.

Schließlich gibt es noch die sogenannte „Kunstwolle“, die aber nicht durch ein chemisches Verfahren, sondern aus der Wiederverarbeitung von Lumpen und Abfällen gewonnen wird. Wie berichtet, wurde gerade erst dieser Tage in einem offiziellen Erlaß das Sammeln von Lumpen und Abfällen der Bevölkerung energisch angeduldet, wobei merkwürdigerweise ausgerechnet die „Luftschiffbauhandwerke“ mit dem Einsammeln der Lumpen beauftragt worden sind.

An den Börsen ist ein Tanmel für Aktien solcher Industriewerke, denen für die Ersatz-Produktion die vielen Millionen Subventionen aus Reichsmitteln zuzuführen sollen. Seit dem 1. Oktober 1933 sind gestiegen: Remberg von 82 auf 145, Glasstoff von 40 auf 157,50, Nischalbener Zellstoff von 19,15 auf 61,25, Gladbacher Wolle von 101 auf 188, Feldmühle von 54,25 auf 129,75.

So sieht der Kampf des Nationalsozialismus gegen die angeblich von ihm so gehasste Börse aus.

Es entwickelt sich eine echt kapitalistische Kriegswirtschaft. Zahllose Existenzen werden zugrunde gerichtet. Die Massen werden auf Hungerrationen gesetzt und erhalten schlechte Kleider zu Bucherpreisen. Großverdiener aber werden diejenigen, die rechtzeitig die Konjunktur mittlern, selbst über entsprechende Mittel zur Spekulation verfügen oder aus Reichsmitteln subventioniert werden.

Dieser bringt Lumpen für die ehrlich arbeitenden Massen und Neidgewinne für die Spekulation, und zuletzt Bankrott für alle. Das ist sein „drittes Reich“.

treuer Kämpfer vor dem 30. 6. 34 den Mut gefunden hätte, dem Führer oder dessen Stellvertreter, das verbrochene Verbrechen eines Bösen und Genossen, zu melden. Nichts desto weniger nicht gemeldet, weil er es im Vertrauen oder unter dem Titel eines Ehrenwortes erfahren hat. In dieser Sache gibt es für mich kein vertraulich oder ein Ehrenwort, hier gilt nur Pflicht, Treue und unbedingter Gehorsam.

„Nichts für die Person, alles nur für unser Deutschland.“  
„Heil Hitler“

gez. V. Schaub,  
Landesgeschäftsführer.

Die Uebersetzung der Abschrift mit der Urchrift wird beigefügt.

Saarbrücken, den 24. August 1934.

Der Polizeipräsident  
gez. W. Gey.

#### Die internationale Polizei Aus Südtirol?

Paris, 22. Sept. Wie von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, sollen 2000 deutschsprechende italienische Polizisten die Sonderpolizei im Saargebiet stellen. Man ist, wie weiter verlautet, darüber einig geworden, daß diese Polizisten, die besonders in der Gegend von Trient und Südtirol angeworben werden sollen, sich für die an sie gestellten Anforderungen am besten eignen, weil sie erkrankt deutsch sprechen und zweitens neutral seien. Dadurch seien die vom Saarkommissar Rnoy gestellten Wünsche in jeder Hinsicht erfüllt. Mussolini soll nicht nur seine ausdrückliche Zustimmung zu diesem Plan gegeben haben, sondern der dahingehende Vorschlag sei vom Duce selbst ausgegangen. Fast alle übrigen in Frage kommenden Mächte hatten sich geweigert, die Sonderpolizei für das Saargebiet zu stellen.

# Der verschämte Liebhaber

## Der „Führer“ und die Herren Dreyfuß und Latzarus

Am 13. September hat der „Führer“ dem Sonderberichterstatter des „Antrausigant“ in Paris ein Interview gegeben. Die Echtheit wird durch den Sonderbeauftragten des „Führers“, den Herrn von Ribentrop bestätigt. Das Interview ist mit merkwürdiger Versäufung in dem Blatte erschienen, hinter dem der Herr Dreyfuß steht und dessen Außenpolitik Herr Latzarus betreut. Wir haben gestern eine Uebersetzung veröffentlicht. Obwohl der französische Text immerhin einige Tage vorliegt, hat bisher, soweit wir sehen können, nicht eine einzige im Machtbereich des Herrn Hitler erscheinende Zeitung seine Uebersetzungen an Frankreich zu drucken gewagt. Sind sie nicht doch etwas zu fürwisch ausgefallen?

# Doumergues Sorgen

## Wichtiger Kabinettsrat

Nach Paris zurückgekehrt, hat sich Ministerpräsident Doumergues sofort wieder mit den wichtigsten politischen Fragen beschäftigen müssen, die in den nächsten Kabinettsberatungen auf der Tagesordnung stehen. Am Freitagmorgen bereits fand eine ungewöhnlich wichtige Kabinettsberatung unter seinem Vorsitz statt, bei der der Ministerpräsident Pläne für die Reformierung der Verwaltung und die Neuorganisation des Ministerpräsidentiums vorlegte, und sich mit seinen Kollegen über die Behebung der Wirtschaftskrise beriet. Auch die bevorstehenden Kantonalwahlen wurden eingehend erörtert.

„Paris-Midi“ fragt aus Anlass dieser wichtigen Kabinettsberatung: „Was wird die Regierung tun?“ Und der Schreiber des Artikels, Marcel Lucain, meint, die Regierung besitze die Mittel zur Abhilfe aller Krisenerscheinungen. Es genüge die Sammlung aller wirtschaftlichen Kräfte, die jetzt aufammenhanglos seien, um durch dieses entschiedene Werk die Einigung des zögernden oder verwirrten Landes herbeizuführen.

# Die Sicherung des Franken

DNB, Paris, 22. Sept. Aus einer Mitteilung des „Ratt“ ergibt sich, daß sich die französische Regierung ernstlich mit der Abwehr der Propaganda zur Abwertung des französischen Franken beschäftigt. Im gekürzten Kabinettsrat habe Finanzminister Germain-Martin über den Plan berichtet, die Regierung möge eine Broschüre herausgeben, die dazu bestimmt wäre, auf die verbrecherische Kampagne zugunsten der Abwertung des Franken zu antworten. Diese Kampagne könnte, wenn sie anhalte, den Finanzminister bestimmen, zu ihrer Unterdrückung die Hilfe des Justizministers in Anspruch zu nehmen.

# Der Guillaume-Bericht

## „Er kommt viel zu spät!“

Paris, 22. September. Der vielumrittene Guillaume-Bericht über die Prince-Untersuchung ist Donnerstagabend in vollem Vortritt den Zeitungen zur Veröffentlichung zugegangen; aber die meisten Blätter haben sich mit einem kurzen Auszug begnügt, und nur wenige haben den außerordentlich umfangreichen Bericht ganz veröffentlicht. Die gesamte Presse ist sich über einig, daß die Untersuchung zwar die besten Menschenverstand verheißt, aber nicht die öffentliche Meinung über die wirkliche Natur des Tröms von Combe-aux-Près abzulenkten.

„Le Nouveau“ fragt, wer denn eigentlich daran gedacht habe, sich des Todes von Prince zu politischen Zwecken zu bedienen? Wer habe denn eigentlich aus diesem beklagenswerten Ereignis eine Parteifolgeleitend machen wollen? Die Geschichte der letzten Monate gebe doch darüber volle Aufklärung. Und daher sei der Guillaume-Bericht um so schlimmer für diejenigen, die so gehandelt hätten.

„Leve“ meint, daß der Bericht viel zu spät komme, denn es seien bereits genug Menschen in dieser Angelegenheit verhaftet, angeklagt, bestraft und wieder entlassen worden.

Und die „Humanité“ glaubt, daß die Nachforschungen der Anklagebehörde weiter wie bisher zur Förderung ihrer Ziele bemächtigt werden.

„Gallus“ schreibt im „Antrausigant“, daß der ganze Guillaume-Bericht vollkommen unnütz sei, daß er keinerlei Tendenzen enthalte, und daß auch der, der seine Nachtrabe zu seiner Rettung gesucht habe, nicht mehr wisse als zuvor. Nur diejenigen, die schlicht Gallus sein unwahrscheinlich bittere Kritik, die Gefahren an vorkonventionellen Schritten fänden, würden bei seiner Rettung Befriedigung empfinden.

# Zahlreiche Zeitungsverbote

## Freche Beleidigung des englischen Polizeiführers

Saarbrücken, 22. September. Die unerhörten niederträchtigen und an Skrupellosigkeit und Anstöße nicht mehr zu überbietenden Auslassungen der hitleerdeutschen Presse gegen den saarländischen Polizeiführer, den Engländer Hemmelen, und die von ihm in der Nachtung der saarländischen Polizei geführten blauen Polizeimannschaften haben zum Verbot nachsehender reichsdeutscher Hitleerblätter im Bereich des Saargebietes bis auf weiteres geführt: „Frankfurter Zeitung“, „Stuttgarter Neues Tageblatt“, „N. Z.“, „Der Tag“, „Deutsche Zeitung“, „N. Z.“, „Nachtausgabe“, „Frankfurter Volksblatt“ und „Germania“.

Die drei letzten Hitleerblätter und unverschämten Verleumdungen dieser Hitleerblätter haben damit die verdiente Abhandlung gefunden. Was aber geschieht mit dem hitleeramtlichen Mundstuck, dessen Lügenmaul unentwegt weiter das ungerühmte Zeug über die saarländischen Hitleerregener, die Regierungskommission, die Abstrimmungskommission usw. Tag für Tag schleimt? — Will die Regierungskommission nicht endlich ihren eigenen Sender benutzen, um der ungerühmlichen Verleumdung der öffentlichen Meinung an der Saar durch diesen Worbeld-Rundfunkfunk entgegenzuwirken?

Die Regierungskommission erklärt in der Verfügung, die das Verbot begründet, folgendes:

„In einer größeren Anzahl reichsdeutscher Zeitungen wurde in einer aus Zweibrücken datierten Notiz eine unerhörte Verleumdung und Verleumdung des Inspektors der saarländischen Polizei, Ministerialrat Hemmelen, und der saarländischen Polizei von Saarbrücken verbreitet.“

Daher sei auf Grund der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vom 18. Juni 1933 das Verbot der oben genannten Zeitungen geboten.

# „Strenge Polizei in der Schweiz“

Die Schweiz ist, da ist kein Zweifel möglich, ein durch und durch freies Land. Ihrer ganzen Geschichte und Entwicklung nach. Ihre Verfassung ist seit Jahrhunderten eine der freiesten der Welt. Das Volk hat eine politische freie Gesinnung, der es auch gegenüber seinen höchsten Behörden, die fast alle von ihm selbst gewählt werden, Ausdruck gibt. Die Schweiz hat eine ruhmvolle Geschichte und Vergangenheit, auf die das Volk mit Recht stolz ist. Die ganze Kultur steht auf ungemein hoher Höhe. Groß sind auch die finanziellen Opfer dafür. Schon frühzeitig wurde die Schweiz von zahlreichen politischen Flüchtlingen aller Länder aufgesucht und gab diesen großzügig Asyl. Das ging von der Zeit der Reformation an (Ulrich von Hutten) über den Nahrungskrieg und die französische Revolution bis tief in das 19. Jahrhundert hinein.

Die Gegenrevolution von 1848 brachte 10 000 politische Flüchtlinge aus Süddeutschland. Napoleon III. lebte vor seinem Regierungsantritt ebenfalls als Flüchtling in der Schweiz. Nur Zeit des „Sozialistenaufstandes“ konnten zahlreiche führende deutsche Sozialisten in der Schweiz sich aufhalten. Parteitage veranstalten und zahlreiches Propagandamaterial herstellen und verteilen, und zwar mit Förderung mahnender Schweizer Sozialisten, die zum Teil in hohen Beamtenstellungen waren.

Die Kriegs- und Nachkriegszeit sah die Schweiz unter großen Opfern neutral, aber unermüdlich in Werken wahrer Nächstenliebe für Internierte aller Kriegführenden, für unterernährte Kinder und Studenten aus den „Mittelmächten“.

Eine ganze Reihe Persönlichkeiten aus abgeleiteten Fürstentümern nahm nach dem Zusammenbruch ebenfalls Aufenthalt in der Schweiz, wie Kaiser Karl und Erzherzog Eugen von Oesterreich, König Ludwig von Bayern u. a.

Dann war wieder Ruhe bis zum Beginn des „dritten Reiches“. Von den Flüchtlingen kamen viele in die Schweiz. Das hat bis zum heutigen Tag nicht aufgehört, wenn auch jetzt nur wenige nachkommen.

Wie steht es nun mit den Flüchtlingen? So weit sie genügend Geld haben und keine berufliche Tätigkeit ausüben, sehr gut. Sie können als „Ausgäste“ die zahlreichen Erholungsorte unangefochten bevölkern; sie können sich auch niederlassen, in einbürgern lassen, wenn sie eine geeignete Gemeinde, einen geeigneten Kanton finden und sich ruhig verhalten, alles unter der Voraussetzung einer gefüllten Geldbörse. Ebenfalls erträglich ist der Aufenthalt für die Ausländer, die Verwandte oder Bekannte im Lande haben und als „Gast“ längere oder kürzere Zeit bleiben können. Auch diese bleiben meistens unangefochten. Diese beiden Kategorien dürfen aber keine Stelle annehmen, wobei man sehr kleinlich ist, genau wie bei der verbotenen politischen Betätigung. Ein Ausländer, der z. B. Gelegenheit gehabt hätte, für eine deutsche Zeitung zu arbeiten, bekam die Erlaubnis nicht.

Die „Emigranten“, die ohne Geld und Empfehlung ins Land kommen, müssen nach Bern als „Flüchtlinge“ angemeldet werden. Ob sie anerkannt werden und bleiben können, hängt davon ab, ob sie in der Schweiz verwandte Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Gelehrtenvereine usw.) haben, die sich der „Fälle“ annehmen. Dann kommt es darauf an, ob dieser Verband das Ohr eines der maßgebenden Herren in Bern findet, und auch dann noch ist das Schicksal des „Flüchtlings“ sehr unsicher. Bei jedem Fall mag er sich mit den nötigen Papieren versehen, wenn es im Einzelfall auch schwer fallen mag. Denn fällt man vorher der Polizei in die Hände, ist die Behandlung des Falles leider oft so, wie in Nr. 213 geschildert.

Die Polizei ist ja wohl im allgemeinen gar nicht rigoros, aber gerade bei „Flüchtlingen“ macht sie häufig — betriebe nicht immer — unbillige Ausnahmen. Dazu kommt, daß gerade in den Grenzstationen (St. Gallen, Schaffhausen usw.) die Bevölkerung selbst durch die vielen Grenzälle nervös geworden und — was sonst gar nicht ihre Art ist — die Polizei selbst auf wache „aufstachelnde Verlin“ hinbeigt, die sich meist als harmlose Touristen entpuppen. In der französischen Schweiz ist die Aufnahme im allgemeinen viel humaner, während der deutsche Schweizer, wie überhaupt der Deutsche von Danie aus mehr zur Kleinlichkeit neigt.

# Ehedienst oder Arbeitsdienst

## Das ist hier die Frage

Berlin, 22. September. In Deutschland ist eine beträchtliche Zunahme der Eheschließungen festzustellen. Man darf daraus aber nicht etwa schließen, daß es in wirtschaftlicher Beziehung besser geht, im Gegenteil, in den deutschen Großstädten sind die freien Liebesbünde wegen der katastrophalen Wirtschaftslage weiter sehr beliebt. Aber man geht neuerdings zum Standesamt, um diese freien Ehen zu legalisieren, weil man sich dadurch der Einkreisung zu dem gefährlichsten Arbeitsdienst entziehen kann. Wer nämlich im Alter von 18 bis 25 Jahren in ein Arbeitsdienstlager oder zur Landwehr fortgeschickt werden soll, der kann, falls er verheiratet ist, dagegen mit Erfolg protestieren. Einen weiteren Anreiz für diese Eheschließungen bilden die Ehestandsdarlehen der Regierung. Sie betragen zwar nicht mehr 1000 Mark, aber auch 700 oder selbst nur 400 Mark sind für diese armen Teufel immer noch ein toller Anreiz zum Heiraten.

# Neue Konkordatsverhandlungen?

## Geringe Aussichten

Das „Mainzer Journal“ (Ausgabe vom 20. September) schreibt: Am Dienstag begannen in Berlin wieder die zwischen den Vertretern der Reichsregierung und des deutschen Episkopats zu führenden Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen zum Reichskonkordat. Die am 20. Juni abgeschlossenen Verhandlungen wurden inzwischen in Rom einer Prüfung unterzogen und so steht zu hoffen, daß jetzt endgültig eine Vereinbarung zustande kommt. Ein Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an den Reichsinnenminister leitet die Verhandlungen ein.

Man kennt das Schreiben leider nicht. Aber man weiß, wie skeptisch man in Rom über die Aussichten dieser neuen Verhandlungen denkt. Man hat allmählich gelernt, was von Verträgen mit dem Hitlerreich zu halten ist.

# Die Schweiz beschlagnahmt

Bern, 22. Sept. Die schweizerische Bundesanwaltschaft hat die Broschüre „Das dritte Reich in der Karikatur“ beschlagnahmt. Der Bundesrat hat die Verfügung der Bundesanwaltschaft gutgeheißen und als definitiv erklärt. Die beschlagnahmten Exemplare werden zur Verfügung des Abtenders abgeliefert.

Wer also kein Geld und keine Bekannten hat, sehe zu, daß er bei einer Flucht nach der Schweiz gleich Beziehungen zu bestimmten Organisationen aufnehme, im übrigen meide er, seine Schritte dahin zu lenken, außer bei schwerster Gefährdung.

Etwas anderes fällt dem Flüchtling, wie überhaupt jedem politischen Geschulten in der Schweiz auf. Es dürfen wohl die Schweizer Zeitungen auf das schärfste gegen das „dritte Reich“ Stellung nehmen. Zuerst waren es allein die „marxistischen“ Zeitungen, „Der National“ und „Zürcher Zeitung“, jetzt ist es die ganze übrige Schweizer Presse. Es können auch in der Schweiz Zeitschriften, Broschüren, Zeitungen gegen das „dritte Reich“, Antifaschismus usw. verkauft werden. Die Bundesbahnen verbieten es ab und zu welche in ihren Kiosken. Verboten ist und gedruckt werden dürfen in der Schweiz keine. Es darf keine antifaschistische Versammlung gegen faschistische Staaten, gegen deren Unkultur und Barbarei gehalten werden, vor allem dürfen keine Ausländer in der Schweiz gegen die Systeme öffentlich reden, nicht einmal in Diskussionen bei sympatizierenden Schweizer Parteien.

Als Gegenstück verweisen wir z. B. auf Frankreich, Tschechoslowakei, Holland, wo Zeitungen erscheinen dürfen, Schweden, Dänemark, Norwegen, ja sogar England, Amerika, wo Opfer des Faschismus, wie Professor Einstein, Sever und viele andere vor Tausenden haben reden dürfen. In der Schweiz wären sie nicht zum Reden gekommen, vielmehr kurz anzuweisen worden. Da hat die Schweiz ihre alte freiheitliche Tradition gegenüber den oben genannten anderen Ländern aufgegeben und warum? Einmal, um nicht in außenpolitische Gefahren hineinzufallen, und dann, um es nicht mit dem „dritten Reich“, von dem man viel Geld zu bekommen hat, ganz zu verderben. Nun, alle Rücksichtnahme wird nicht viel helfen. Nicht es dem „dritten Reich“ in den Aram und ist es nicht von innen und außen bis dahin erledigt, so wird es bestimmt auf die Schweiz keine Rücksicht nehmen und wie es mit dem „Weltkrieg“ steht, hat Schwachs letzte Rede ja bewiesen. Das hat in der Schweiz auch die Presse rasch begriffen.

Darum lehre die Schweiz zu ihren alten Traditionen zurück und zwar baldigst; man wird es ihr auch zu danken wissen. Die Schweiz möge sich nicht von Staaten beiramen lassen, die erst Jahrhunderte nach ihr frei wurden.

# Emigrant in der Schweiz

Ein Emigrant in der Schweiz schreibt uns zu demselben Thema:

Gewiß, die Polizei in der Schweiz ist streng. Sie hat auch mitunter ihren Grund dazu, aber daß sie den Emigranten gegenüber nur Schwierigkeiten bereitet ist entschieden nicht wahr. Wer sich vorfristigemäßig als Emigrant anmeldet, muß sich natürlich auch einer Kontrolle unterziehen. Besteht nicht die Aussicht auf eine Tourierung, so kann er trotzdem mindestens drei Monate in der Schweiz bleiben; solange dauert in der Regel der Aufenthaltsweg. Ich neige zu der Annahme, daß der Artikelsschreiber, wie Dr. H. W. richtig beurteilt, sich den Ziten und Gebrauchen des Gastlandes nicht anpassen konnte. Wir übrigen Emigranten kommen nicht in die Gefahr, von der Polizei beobachtet zu werden, wieviel Geld wir ausgeben in mondänen Lokalen. Wir sind und bleiben immer die armen Schinder und darum müssen wir an allen Ecken und Enden sparen, weil es fast nicht zum Überwintertreiben reicht.

Um das Hierbleiben zu ermöglichen, mußten wir uns verpflichten, weder unbesahnte noch bezahlte Arbeit anzunehmen. Es ist ein hartes Los, gesund und stark im Leben zu leben und trotzdem zum Nichtstun verurteilt zu sein. Aber auch die Polizei vertritt unsere Rechte. Nach vor wenigen Tagen mußte ich wieder Verlängerung meiner Aufenthaltsbewilligung zur Polizei, und ich darf Ihnen versichern, daß die Beamten und Emigranten immer sehr wohlwollend zur Seite stehen.

Es geht selbstverständlich nicht, Emigranten in den Nachtstunden auf die Straße zu schicken, dort die Straßen und Plätze mit bekannten Schriften zu bemalen oder mit Sammelkisten herum zu schickeln für die Opfer des Faschismus. Das sind Reichoden der „Neuen Hilfe“ in Zürich.

# Das Neueste

In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Bregenz im mittelländischen Industriegebiet hat sich eine Explosion ereignet. Die Schichtarbeiter sind in Brand geraten. Kurz vor der Explosion waren gerade 400 Bergleute beschäftigt. 150 Bergleute befinden sich in dem Teil der Grube, der von der Explosion betroffen wurde. Bisher konnten sechs Tote geborgen werden. Die Rettungsarbeiten werden durch den Brand überaus stark behindert.

Einer Mittermeldung aus Rom zufolge verurteilte eine Robra ein schweres Bootunglück auf dem Tschambal. Auch in der Nähe von Gwalior. Mitten im Flug ließ das Boot mit einem Aufschwung treibenden Strohdach zusammen. In dem Boot befand sich eine große Robra, die bei dem Zusammenstoß an Bord des Bootes glitt. Die Robra hätte drängen sich vor Schreck auf einer Seite des Bootes zusammen, das infolgedessen kenterte. 17 Personen ertranken.

# Die illegale Sozialdemokratie

Wien, 22. Sept. Die hier in Journalistenkreisen bekannt wird, daß dieser Tage eine Versammlung von 60 Delegierten aller sozialistischen Gruppen Oesterreichs stattgefunden, in der die Schaffung einer einheitlichen revolutionären marxistischen Kampforganisation unter dem Namen „Vereinigte sozialistische Partei Oesterreichs“ beschlossen wurde. — Wir geben diese Nachricht unter Vorbehalt wieder.

# Ende des amerikanischen Streiks?

Angeblich am Montag Wiederaufnahme der Arbeit

DNB, New York, 22. Sept. Am Freitagabend haben sowohl die Textilarbeitergewerkschaften, als auch die Arbeitgeber grundsätzlich dem Vermittlungsplan ihre Zustimmung gegeben. Man erwartet, daß bereits am Montag 500 000 Arbeiter in der Baumwoll-, Seiden- und Wollindustrie die Arbeit wiederaufnehmen. Der Vermittlungsvorschlag sieht eine spätere Regelung aller einzelnen Streitpunkte vor.

# Die Abstimmungskommission für Versammlungsfreiheit!

Die Terror-Partei beschwert sich über „Terror“, der die Gleichberechtigung herstellen will

Die „deutsche Front“ an der Saar entfaltet eine überaus rege Versammlungstätigkeit. Alle möglichen Vereine und Organisationen von der Handwerker-Versammlung an bis zum Gefangenenverein im Kleinen sind der Schauplatz ihrer intensiven, vor seinen Toren zurückdrückenden Werbung, die längst nicht mehr getarnt zu werden braucht. Jede dieser Versammlungen wird von vornherein als Kundgebung für die Rückgliederung vorbereitet und schließt mit „Heil Hitler“ und dem Horst-Wessel-Lied.

In diesen Tagen suchte die „deutsche Front“ ihre Versammlungstätigkeit auch auf Demonstrationen unter freiem Himmel auszuweiten. Sie meldete sie für sechs Ortschaften, darunter auch für Saarbrücken und Saarlouis, bei den zuständigen Polizeibehörden an. Sie erhielt darauf von der Regierungskommission eine Antwort, auf die wir kurz eingehen müssen, weil sie die Zustände im Saargebiet grell beleuchtet.

Die Regierungskommission machte an sich keine Einwendungen gegen die Abhaltung solcher Versammlungen. Sie stellte aber die Bedingung, daß die Behörden, Organisationen oder Privaten, die über die Plätze verfügen, sie auch anderen politischen Parteien zur Verfügung stellen müssen. Diesem Standpunkt schloß sich auch die Abstimmungskommission an. Anfragen im gleichen Sinne erlangen gleichzeitig an die Platzinhaber.

Die Antworten, die jetzt vorliegen, sind sehr interessant. Die Stadt Saarbrücken erklärte, daß sie das Verlangen der Regierungskommission und der Abstimmungskommission ablehne. Ähnliche Antworten kamen von den in Frage kommenden Bürgermeistern und Landräten.

Nur der Bürgermeister in Völklingen teilt mit, daß die Gemeinde ihren Sportplatz auch anderen politischen Parteien zur Verfügung stellen werde. Die Regierungskommission gab auf Grund dieser Tatsache den Antragstellern den Bescheid, daß mit Ausnahme von Völklingen die Abstimmungskommission auf ihrer Zielsetzung beharre. Sie könne die beantragten Genehmigungen zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel nicht erteilen.

Diese Entscheidung hat, wenn man den gleichgeschalteten Blättern glauben darf, in den Reihen der „deutschen Front“ heftige Empörung hervorgerufen. Werde, so wird gefragt, die erdrückende Mehrheit der Saarbevölkerung schlechter behandelt als das „kümmerliche Häuflein des Status-quo-Klingels“? Sei dies das „Recht“, das im Saargebiet, in Genf und in Paris unter dem Motto der Objektivität und Neutralität immer gepriesen werde?

Die „deutsche Front“ hat sich mit ihrem Versammlungsterror im Saargebiet so hässlich eingerichtet, daß sie gar kein Gefühl mehr dafür hat, warum Regierungskommission und Abstimmungskommission sich gegen ihn auflehnen. Seit mehr als einem Jahre werden den Gewanern der Rückgliederung durch die Städte und die Gemeinden sowie durch die terrorisierten privaten Saalbesitzer alle Säle zu Versammlungen verweigert. Die Abstimmungskommission hält es im Geiste ihrer Aufgabe, die sie zur Sicherung der freien und unbefangenen Abstimmung übernommen hat, für ihre Pflicht, diesen Terror zu brechen. Was tut die „deutsche Front“? Sie besetzt sich über Repressalien und Bedrohungen, obwohl es um nichts anderes geht, als um die Wiederherstellung der Gleichberechtigung!

Wir möchten die Abstimmungskommission noch auf eine andere Tatsache aufmerksam machen, von deren Wichtigkeit sie sich durch einen Rundgang durch die Stadt Saarbrücken überzeugen kann. Mit Ausnahme der Zeitungskioske am Bahnhof, die unter der Reichsgewalt der Regierungskommission stehen, wagt keiner der zahlreichen privaten Kioske mehr, hitlerfeindliche Blätter und Zeitschriften anzuhängen. Entweder sind sie überhaupt nicht vorhanden oder sie liegen verdeckt unter der Theke, damit sie der kontrollierende Nazifreihausmann nicht gleich entdeckt. Hier liegt ein Gestaltungssterror vor, der nicht weniger entschieden durch amtliches Eingreifen gebrochen werden müßte, als es jetzt gegenüber Anträgen von Versammlungen der „deutschen Front“ geschieht.

## Große Freiheitkundgebung

Wieder überfüllter Saal und begeisterte Stimmung

Saarbrücken, 22. September.  
Wie noch jedesmal, so reichlich auch am Freitag die Männe der A.F. nicht aus, um alle, die zur Freiheitkundgebung herbeigekommen waren, zu fassen. Der erste Redner Genosse Dr. Zender begann mit einer ausgezeichneten Darlegung über „Blockwärtersjustiz“ eines Teiles der Justizbeamten an der Saar. Ihm folgte Herr Dobiß mit prägnanten gewerkschaftspolitischen Darlegungen zum Falle Pich. Und danach sprach Herr F. F. über die allgemeine politische Situation, die Genfer Delegation und den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund, der mit tosender Begeisterung begrüßt wurde.

Dann hat ein der Einheitsfront angehörender katholischer Geistlicher, ihm das Wort zur Diskussion zu geben, was die Versammlung mit frenetischem minutenlangem Beifall begrüßte. Seine ausgezeichneten theologischen Darlegungen über das Thema „Katholizismus und Nationalsozialismus“ und sein Aufruf zum neuen Kreuzzug unter der Parole „Gott will es“ gegen das Heidentum des „dritten Reiches“ fanden nicht endenwollende Zustimmung.

Das Schlusswort hatte Max Kraun, der seinen Vortragnen herzlich dankte und sich kurz zur außenpolitischen Situation auf Grund der letzten Rede Neunrats zur Saarfrage äußerte. Auch ihm dankte harter Beifall. Dann lang die überfüllte Versammlung, die stehend 3 Stunden ausgehalten hatte, mit erhobener Schwulst die „Internationale“.

Morgen aber wird die braune Front wieder berichten, daß es nur 200 Leute gewesen seien, darunter in der Hauptrolle Völklinger, Tscheden, Deckerreiter und Italiener. Den Leuten ist nicht zu helfen...

## Werden die Säle beschlagnahmt?

Eine Verordnung der Regierungskommission soll bevorstehen

Genf, den 22. September 1934.  
Wie wir bereits berichtet haben, scheint hier die Absicht zu bestehen, die verweirte Saarfrage nicht bereits auf der letzten Tagung, sondern erst in einer außerordentlichen Völkerbundratsitzung Ende Oktober Anfang November zu behandeln.

Diese Tagung soll ausschließlich dem Saarproblem gewidmet sein. In diesem Augenblick wird dann wohl die Entscheidung darüber gefällt werden müssen, ob tatsächlich zur Abstimmung geschritten werden kann, das heißt, ob die Voraussetzung zur Abstimmungsfrist in allen Punkten gegeben ist. Alle aufmerksamen Beobachter, die heute die Entwicklung an der Saar verfolgen, müssen feststellen, daß der ständig wachsende Terror von Seiten der „deutschen Front“ die Meinungsfreiheit der Bevölkerung immer mehr behindert. Es wird dann die wichtige Aufgabe des Völkerbundrates sein, diese schwerwiegenden Tatsachen zu berücksichtigen und dementsprechend zu entscheiden.

Wie ferner aus Genf verlautet, wird die Abstimmungskommission in den nächsten Tagen eine Verordnung publizieren, die die Beschlagnahme von Sälen im Saargebiet betrifft. Die Regierungskommission wird danach das Recht haben, zur Sicherstellung der Gleichheit der Abstimmungspropaganda Säle im Saargebiet zu beschlagnahmen.

## Eine Verhaftung

Der Verräter in der Amtsstube

Saarbrücken, 21. Sept. (Saarpr.)

Der Telegrafenerbsekretär Karl Schneider aus Saarbrücken-Waldfeld ist vor 3 Tagen vor dem Untersuchungsrichter in Saarlouis verhaftet worden. Wie man hört, steht Schneider in dem dringenden Verdacht, das Telegramm der Einheitsfront an ihre Funktionäre vor der Sulzbacher Kundgebung der „deutschen Front“ verraten zu haben. Schneider war der Mann, der das Telegramm dienstlich in die Finger bekam. Der Untersuchungsrichter in Saarlouis hat sich anscheinend überzeugt, daß das Material gegen Schneider so gravierend war, daß er sofortigen Haftbefehl erteilte. Schneider war übrigens, wie wir hören, auch Amtswalter der braunen Front. Es erhebt sich daher die Frage, ob er unter Umständen von Stellen der braunen Front zu diesem schweren Antöverbrechen verleitet worden ist?

Was sagt übrigens die Postverwaltung des Saargebietes dazu? Sie stand doch immer auf dem Standpunkt, daß Dinge, wie Bruch des Amtsgeheimnisses unter ihren Beamten nicht vorkommen?

## Die Gutscheine aus Straßburg

Wer hat geschwindelt?

Die „deutsche Front“ schickt folgendes Dementi an ihre Zeitungen:

Die roten Schwindler

Die „Volkstimme“ behauptet in ihrer Nummer 25 vom 20. September, daß die Gutscheine für das Eintopfgeld bei der Saarrenekulturgeldung auf dem Ehrenreitheim in Straßburg von einer französischen Truderei hergestellt worden seien. Hierzu teilt der Arbeitsausschuß für die Saarrenekulturgeldung mit, daß der Auftrag zum Druck der Gutscheine für das Eintopfgeld ebenso wie für alle anderen Aufträge nur an saar-deutsche Firmen vergeben wurde. Den Auftrag für diese Gutscheine hat die Truderei Schick, Saarbrücken 3, Kolonnenstraße 7, erhalten und ausgeführt.

Dieses Dementi stellt die unverrichtete Täuschung der Definitivität dar, die uns seit langem vor Augen gekommen ist. Die Goebbelsche Presse wissen ganz genau — das Dementi zeigt es —, daß tatsächlich 150.000 Gutscheine in Straßburg in einer aus bekannten Truderei gedruckt worden sind. An dem Dementi ist nichts falsch als nur die eine Tatsache, daß nicht die Truderei Schick den Auftrag ausgeführt hat. Sie hat vielmehr den Druckauftrag weitergegeben an die Straßburger französische Firma. Das verschweigen die Goebbels-Stipendiaten mit voller Absicht und aus begründeten Gründen, gibt es doch Arbeitslose genug an der Saar, die nicht verstehen, warum man solche großen Aufträge nach Frankreich vergeben muß.

## Weitergeben! Weitergeben!

Werfen Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!

# Jawohl, Pensionäre! Augen auf!

Der Status quo und die Renten

Die „Saar-Korrespondenz“ gab am 11. September unter der Überschrift „Pensionäre! Augen auf!“ einen Aufruf in die gleichgeschaltete Presse, der sich mit der Sicherung der Rechtsansprüche der Pensionäre der Sozialversicherung nach einer Abstimmung befaßt.

Man könnte über diesen Artikel lachen, da er nur wieder die alte Veter bringt, die durch ständige Wiederholung teilweise richtig und wohlmeinender wird. Und so könnte man über diesen Aufruf tadellos zur Tagesordnung übergehen, wenn er nicht unterzeichnet wäre: „Deutsche Arbeitsopferversorgung des Saargebietes“, also bei der bekannten Art des Auftretens der „deutschen Front“, deren Organe sich jetzt schon zukünftige Behörden dünkeln, gewissermaßen eine zumindest halbamtliche Vertretung darstellte!

Und so kann der Aufruf nicht unwidersprochen bleiben.

Er greift zunächst zwei Knappschätzfälle an. Die Verflüchtigung des Wortes „ehemalige“ ändert nichts an der Tatsache, daß es sich hier um Leute handelt (handelt muß, wenn man den Charakter der Saarländer richtig einschätzt), die, getragen von dem Vertrauen ihrer Mitarbeiter, lange Jahre hindurch dies wichtige Amt ausübten, bis sie schließlich, jüngerer Kräfte Platz machend, in den wohlverdienten Ruhestand traten. Denn wir sind hier im Saargebiet (Gott sei Dank noch nicht im „dritten Reich“, wo es Mode geworden, daß solche Arbeitsfunktionäre nur deshalb „ehemalig“ sind, weil sie ihre Funktionen zu ihrem persönlichen Nutzen mißbrauchten. — Und wenn daher die „Saarforrewordner“ in ihrer Rolle, die natürlich auch in den deutschen Zeitungen außerhalb des Saargebietes verbreitet worden ist, durch dies drüben in solcher Form ausführlich gewordene Wort „ehemalig“ die beiden Sprecher in den Augen der Pensionäre und der unbefangenen übrigen Leser herabzuziehen versucht, so ist dies gleichzeitig eine Diffamierung der ehrenwerten Institution der Knappschätzfälle, die wir mit aller Schärfe zurückweisen müssen.

Was haben aber diese Knappschätzfälle verbrochen? — Nun, sie haben sich, nach den Worten der „S.A.“, in verheerender Weise für den Status quo ausgesprochen.

Sie haben also, auch im Inbegriff, noch keineswegs die so lange als Pflicht angelegte Verteidigung der Rechte ihrer Mitarbeiter verlassen! Selbst Pensionäre, hatten sie doppelt an ihnen! Und wenn sie sich für den Status quo ausgesprochen, also den Pensionären eine derartige Zimmabgabe bei der demnächstigen Volksabstimmung empfohlen haben, so haben sie sich dabei — man muß zwischen den Zeilen lesen! — jedenfalls keinen laien von dem Gedanken, daß ihnen nur durch ein Erhaltenbleiben des Saargebietes die Pensionen gesichert, diese aber durch Rückgliederung bedroht sind.

Sie haben übrigens damit nur ausgesprochen, was viele denken — denn die „S.A.“ sagt ausdrücklich: „wie in der Versammlung ausgesprochen wurde“. — Dafür aber, daß sie den Mut zu einem offenen Wort gefunden, werden sie von der „S.A.“ nicht nur beschimpft als „Volkverräter“, sondern es wird auch offen gesagt: „Gebt diesen Dunkelmännern die richtige Antwort! Worin eine solche Antwort bestehen soll, kann sich jeder denken, wenn er sich nur der letzten Ueberralle der letzten Tage erinnert. Wir bemerken dies nur nebenbei, denn erstens sind wir solche Dinge gewohnt und zweitens kann sich die Regierungskommission bzw. die Abstimmungskommission, wenn sie solche Säle in der „Saarbrücker Zeitung“ lieh, ihren Vers dran machen; sie möge dann allerdings auch das Korrespondenzblatt der „S.A.“ nicht übersehen!

Aber Beschimpfungen und Bedrohungen sind ebenso wenig eine Widerlegung, wie wenn in dem gleichen Aufruf in einer Sondernummer „Der Renten“ „Inhaber“ des „Internationalen Bundes des Saargebietes“ enthaltenen Behauptungen als „unwahrscheinliche Unwahrheiten“ bezeichnet werden.

Daß man in diesem Zusammenhang gleichzeitig von den megerigen Renten in Frankreich spricht — Renten, die sich erklären einmal durch andere Lebensbedingungen, dann auch durch bedeutend niedrigere Beitragssatzungen als im Saargebiet —, hat erst recht mit der Sache nichts zu tun, denn das Saargebiet ist eben nicht Frankreich, und wird es auch nie durch die Abstimmung für den Status quo werden; also hat auch die französische Gleichgültigkeit für das Saargebiet keine Kraft.

Daß aber in Deutschland „die Renten nicht weiter abgebaut werden“, daß nur die rechtlose Rückgliederung zum Mutterlande die durch Beitragszahlung erworbenen Pensionsansprüche sichert“, das sind keine bewiesenen mathematischen Lehren, sondern Glaubenssätze. Und der Saarländer, der ja bloßer die Augen aufgehalten hat, wird schon wissen, was und wie weit er glauben kann.

Daß hingegen eine Abstimmung für den Status quo die bestehenden Rechte unter allen Umständen sichert, möge folgende kurze Erwägung zeigen:

Zunächst beruhen die Renten auf Beitragszahlung. Bleibt das Saargebiet selbständig, bleibt also auch die Währung, so sind die Pensionsansprüche, die aus den im Gebiet selbst anfälligen Rassen kommen, unter allen Umständen sicher. Andernfalls würde ja auch der Währungswechsel von Einfluß sein!

Was aber die Anteile anbelangt, die Deutschland auf Grund der Weidberger Abrede zu zahlen hat, so ist die Sache erst recht einfach. Zunächst sind diese Beiträge ja nichts anderes, als Abschlagsrückzahlungen derjenigen Gelder, die der Saarländer selbst i. J. an die Rassen gezahlt hat. Hätte man den saarländischen Rassen, als sie selbständig wurden, soviel die von ihnen früher an ihre damaligen Neutralen in Deutschland abgeführten Renten auf einmal zurückgegeben, so wäre das ganze Abkommen nicht nötig gewesen.

Da nun aber die Weidberger Abrede eine Kündigung nicht vorsieht (aus dem einfachen Grunde, weil sie von selbst erlischt, sobald sich die Berechtigungen sämtlich abgelehrt sind), da sie ferner abgeschlossene ist zwischen dem Deutschen Reich einerseits, dem durch die Regierungskommission vertretenen Völkerbund andererseits — und da daher bei einer Abstimmung für die Erhaltung des Status quo in den maßgebenden Verhältnissen beider Länder eine wesentliche Änderung nicht eintritt“, so sind die Voraussetzungen des § 12 des genannten Abkommens auch weiterhin erfüllt. — Wir werden hierauf in einem besonderen Artikel noch zurückkommen. Denn die Frage erscheint sehr aktuell. Alle Welt redet von der Weidberger Abrede. Aber niemand kennt sie. Es ist 100 gegen 1 zu wetten, daß von all den Propagandisten der „deutschen Front“ kaum einer den Text jemals gelesen hat. Vielleicht gilt das sogar von den Unterzeichnern des Aufrufs der „Deutschen Arbeitsopferversorgung des Saargebietes“!

Da aber die Voraussetzung erfüllt ist, indem die beiden Vertragspartner die gleichen bleiben, so muß folgerichtig auch das Abkommen weiterlaufen, und die Zuschüsse müssen weiter bezahlt werden. Damit aber ist der Fortbestand der saarländischen Renten im Falle einer Abstimmung für den Status quo gesichert, ganz gleich, in welcher Höhe sie diesseits oder jenseits der saarländischen Grenzen in den Nachbarländern bezahlt werden.

Darüber hinaus wäre noch zu sagen, daß ein selbständiges Saargebiet vielleicht auch in der Folge wäre, gewisse Rentenleistungen, die die saarländischen Versicherungsanstalten seinerzeit mit Rücksicht auf die Verbundenheit mit den Deutschen lediglich zum Zwecke der Angleichung vorgenommen haben, wieder rückgängig zu machen, eine Hoffnung, die natürlich bei einer Rückgliederung völlig ausgeschlossen wäre. J. R.

# Amtlicher deutscher Greuelbericht

## Straffreiheit für gemeinen nationalsozialistischen Totschläger

Der nachstehende Gerichtsbericht steht in der Nr. 472 der „Kölnischen Zeitung“ vom 18. September 1934. Wir veröffentlichen ihn ohne Kommentar. Nur weisen wir darauf hin, daß der Landgerichtsdirektor von Vacano ein sogenannter „alter Kämpfer“ der NSDAP ist. Er hat rechtzeitig die Konjunktur gewittert. Sofort nach der Machtergreifung wurde er vom kleinen bis dahin kaum beachteten Richter zum Landgerichtsdirektor befördert. Irgendwelche juristische Verdienste sind ihm nie nachgesagt worden. Wie man sieht, hat der nationalsozialistische Landgerichtsdirektor sich gut bewährt.

Vor dem Kölner Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors von Vacano hatte sich ein 21-jähriger Mann wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Der Angeklagte war in der Nacht vom 3. zum 4. Mai in Gesellschaft zweier SS-Kameraden in einer Weinstube der Altstadt, am Rebenstich, im Gast, der ständisch die SS-Männer anstarrte. Der Veltende der Angeklagten, ein Adjutant und Vorgesetzter der beiden andern, beauftragte deshalb den Angeklagten, den Herrn zu fragen, weshalb er dauernd herüberhaupte. Der Angeklagte begab sich beschuldend zu dem Herrn, der ihm auf seine Frage erklärte, er sei auch Parteimitglied. Daraufhin wurde er eingeladen, bei den SS-Männern Platz zu nehmen, und dieser Einladung leistete er Folge. Raum hatte er sich aber an dem andern Tisch niedergelassen, begann er damit zu prahlen, daß er bereits seit 1922 Parteimitglied sei, und daß er zum großen Teil geholfen habe, die Partei aufzubauen. Nun fragte ihn der Adjutant, ob er denn nicht die höchsten Auszeichnungen befehle, worauf ihm der Gefragte ein gemeines Schimpfwort ins Gesicht sagte.

Jetzt ariff der Wirt ein und forderte den Herrn auf, sein Pokal zu verlassen. Nur widerwillig erhob sich der Aufgeregte und begab sich, von dem Wirt sanft gedrängt, zum Ausgang der Wirtschaft, wo er nochmals an der Tür stehen blieb. Der Angeklagte gewann dadurch den Eindruck, daß der Hinangewiesene sich dem Wirt gegenüber noch sperre, und so erhob er sich, um dem Wirt bei der Entfernung dieses Gastes aus der Wirtschaft zu helfen. Inzwischen war aber der Wirt schon bis an die Tür gekommen, und hier schlug ihn nun der Angeklagte in das Gesicht. Die Schläge erhielt der Wirt, als er schon auf der Strafe war. Als dann der Angeklagte von ihm abließ, hob der Geschlagene beide Arme und rief: „Ach habe doch nichts getan!“ Da er nun in der rechten Hand einen Stock trug, der bei dieser Geste der Arme hochgehoben wurde, nahm der Angeklagte an, daß der Wirt sich mit dem Stock zur Wehr setzen wolle und schlug ihn deshalb nochmals. Jetzt brach der Geschlagene aber auf der Strafe zusammen, wo er liegen blieb. Als ein Polizeibeamter auf dem Schauspiel erschien, war der Geschlagene tot.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte, er habe nie die Absicht gehabt, den Mann auch nur ernstlich zu verletzen. Er sei darüber empört gewesen, daß der Mann das Märchen vorzubringen wachte, daß er schon lange Parteimitglied sei. Darin habe er eine Verabredung der nationalsozialistischen Bewegung erblickt müssen. Weiter habe der Mann seinen Vorlesungen gegenüber schwer beleidigt, und das habe er als Kamerad des Beleidigten nicht ungestraft hingehen lassen können. Deshalb habe er dem Mann mit der rechten Hand ein paar hinter die Ohren geschlagen, ohne überhaupt an die Mordabsicht zu denken, daß der Wirt schwer getroffen werden könnte.

Die Augenzeugen in dieser Sache bekundeten ungeschworen das Gleiche wie der Angeklagte mit geringen Abweichungen in der Darstellung der Vorgänge. Medizinrat Dr. Vempel äußerte sich über die Ursache des Todes des Geschlagenen. Bei der Leiche sei ein Einriß in die rechte Gehirnhälfte festgestellt worden, und infolge Blutdrucks auf das Gehirn sei der Mann dann gestorben. Man müsse nun fragen, welche Gewalt den Einriß herbei-

geführt habe, auf den die starke Blutung im Gehirn zurückzuführen sei. Es habe keine Gefäßkrankung vorgelegen, es sei auch durch den Schlag keine Knochenverletzung am Schädel erfolgt. Aber die Leiche habe Verletzungen an den Rippen gehabt, die nur von einem Schlag herrühren könnten. Danach sei der den Tod verursachende Schlag etwa von vorn gegen die Mundpartie erfolgt, das lose im Schädel ruhende Gehirn habe sich durch die Wucht von vorn nach hinten verschoben, und gerade bei derartigen Verschiebungen der Gehirnmasse könne es vorkommen, daß die Gehirnhäute eingerissen werde. Der Fall sei verhältnismäßig sehr selten, seit 15 Jahren habe sich ein solcher Fall in Köln nicht mehr ereignet, aber hier sei das Unglück eben eingetreten.

Nach der Beweisaufnahme sprach Erster Staatsanwalt Thissen von der Tragik des Geschehens, nicht nur vom Standpunkt des um sein Leben gekommenen Mannes aus, sondern auch vom Standpunkt des Angeklagten aus, weil der Erlaß seines Urteils doch in zu großem Mißverhältnis stehe zu dem, was vorausgegangen sei, und was der Angeklagte selbst gewollt habe. Als der Angeklagte beobachtet, daß der durch seine Renommiererei mißlieblich gewordene Gast noch an der Tür Schwierigkeiten machte, habe er sich wohl gefant, jetzt sei es Zeit, ihn zur Vernunft zu bringen. Und dann sei er hingegangen und habe ihn um die Ohren geschlagen. Und das sei zweifellos geschehen im Ueber-eifer für den nationalsozialistischen Gedanken. Nun heiße es aber in dem Gesetz über die Gewährung von Straferleichterung vom 7. August, daß Straffreiheit ohne Rücksicht auf die Höhe der verurteilten Strafe dann gewährt werden solle, wenn der Täter sich zu seiner Handlung durch Ueber-eifer im Kampf für den nationalsozialistischen Gedanken hingeworfen habe. Der vorliegende Fall sei ein Schulbeispiel für diese Bestimmung, denn der Angeklagte habe wörtlich erklärt, er habe erst gemerkt, daß er zu weitgegangen sei, als man ihm sagte, der Geschlagene sei tot. Man müsse sich in die Lebensauffassung des Angeklagten hineinsetzen, um ihn verstehen zu können. Seit 1928 achte er der Hitler-Jugend an, er sei ein alter Kämpfer und von Jugend an erzogen in der Welt des nationalsozialistischen Gedankengutes. Ein Kräfte es ganz besonders, wenn ein anderer seinen Kameraden beleidige. So ging aus allem hervor, hier sei der typische Fall gegeben, wie ihn die Annehme gemeint habe. Deshalb beantrage er die Einstellung des Verfahrens.

Diesen Ausführungen schloß sich auch das Schwurgericht an, das das Verfa-hren gegen den Angeklagten einstellte. In der Begründung sagte der Vorsitzende, es handele sich um keinen Wirtschaftskrieg, sondern um das Einschlagen des einen Kameraden für den andern, um den Grund-satz der Gefolgschaftstreue. Die SS-Männer seien empört über die Renommiererei gewesen, daß der Mann zu den Aus-erwählten gehören wollte, die für die großen Gedanken ohne jeden Vorteil bis zum bitteren Tode ausgehalten hätten. Das hätten sie nicht erlaubt. Die Tat als solche bleibe natürlich verurteilenswert, aber man müsse davon ausgehen, warum sie erfolgt sei. Der Angeklagte habe im Ueber-eifer diese Dinge getan, und so falle er unter die Amnestie.

Hell Urpappa!



(Review of Reviews, London.)

## Land der Denunzianten

### Eine Kreatur

Die „D. N. Z.“ berichtet:

Ein Verhafteter, das an Gemeinheit kaum noch zu über-bieten ist, brachte den 42 Jahre alten Fritz Jachowius vor das Berliner Schwurgericht. Er hatte es fertiggebracht, völlig unschuldige Leute bei der Polizei zu verdächtigen und dann obendrein seine völlig haltlosen Anschuldigungen gegen die Betroffenen vor Gericht zu beschwören.

Der Angeklagte, der früher schon mit dem Gesetz in Kon-flikt gekommen war, suchte wiederholt in Gastwirtschaften die Bekanntschaft anderer Gäste, die ihn freiließen. So-lange man für ihn zahlte, war er friedfertig. Doch wenn man ihn nicht weiter freilassen wollte, brach er regelmäßig einen Streit vom Haun und beschuldigte schließlich seine Gastgeber, sie hätten absässige Anfechtungen gegen die nationale Regie-rung gemacht. Er ruhte nicht eher, bis Polizeibeamte herbei-geholt waren, die den Betroffenen mit zur Wache nahmen. Hier wiederholte Jachowius seine aus der Luft gegriffenen Angaben, so daß schließlich ein Verfahren gegen den völlig Unschuldigen in Gang gesetzt wurde.

Nam es dann zur Gerichtsverhandlung, so beidete er seine Auslagen, was in einem Falle sogar dazu führte, daß ein Mann, der sich in seinem Leben noch niemals hatte etwas schuldigen kommen lassen, zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Das Schwurgericht verurteilte Jachowius wegen wissen-tlich falscher Anschuldigungen in zwei Fällen in Tateinheit mit Freiheitsberaubung und Meineides in zwei Fällen zu der exemplarischen Strafe von vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. In der Urteilsbegründung hob der Vor-sitzende hervor, der Angeklagte habe durch sein ganzes Ver-halten eine so abgrundtiefe Gemeinheit der Bekanntschaft an den Tag gelegt, daß von irgendwelchen Milderungsgründen nicht die Rede sein könne. Vor solchen Leuten könne man sich überhaupt schwer schützen, und daher müsse einem solchen Ver-brecher mit der ganzen Schärfe des Gesetzes begegnet werden.

## Mesduggé

### Kube über den „Führer“

Am 14. September veröffentlichte der „Seltische Beobach-ter“ Ditters einen Aufruf unter dem Titel „Deutsch-lands Bekenntnis zu Adolf Hitler“. Der Ver-fasser ist Gauleiter Staatsrat Kube; der Aufruf ist ein klinischer Beweis, daß Massen, denen dieser Erzsch zugleich zugemutet werden kann, offenbar irrsinnig wurden:

„Adolf Hitler ist eine geniale und unverfälschte Persönlich-keit. Es gibt wohl kein Gebiet menschlicher Tatkraft, das der Führer nicht souverän beherrscht. Die Schöpfung Gottes wird von der Harmonie beherrscht. Die Persönlichkeit Adolf Hitlers ist ein Ausdruck dieser Harmonie. Das Antlitz der Deut-schen war immer heroisch. Die Stirne der Deutschen war geistvoll und klug, das Herz der Deutschen war immer tapfer. Die Faust der Deutschen war immer stark. Das war zur Zeit der Himmer und Teutonen so, der Cherusker erlebte es in gleicher Form. Theoderich der Große, Heinrich der Löwe und Fridericus Rex, unser König und Held, waren Träger der gleichen Gedanken. Sie alle wurden vom Altvater nicht gewürdigt, ihres Sehens und Ringens Vollen-dung zu schauen. Adolf Hitler ist der Schöpfer der deutschen Einheit. Und wieder war es Adolf Hitlers Persönlichkeit, die der Nürnberger Tagung Form und Inhalt gab. Der Kon-gress wurde von seiner Volkshaft und seiner Schlührede be-herrscht. Gewiß kamen auch gute Gedanken und kluge Vor-multerungen in den Reihen der von Adolf Hitler zum Vor-trag befohlenen Parteigenossen zum Ausdruck. Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber die man kaum ein Wort zu ver-lieren braucht. Denn es ist eben selbstverständlich, daß der weiseste Führer der Nation nicht Dummköpfe um sich versam-melt. Aber all diese Reden sind gegenüber der klaffenden Wucht hitlerischer Worte und Gedankenprägung doch nur be-scheidene Ausdrucksmöglichkeiten für das, was der National-sozialismus will. Darum lobnt es sich nicht, auf diese Einzel-heiten einzugehen, mögen sie auch hier und da wie ein Brillan-tenfuerwerk aufgefuchtet haben.“

Und wenn selbst die Diktatur einmal stürzt, — was wird aus diesem Volk?

## Internationale Frauenliga

### Für Frieden und Freiheit

Der 8. Kongress der Internationalen Frauenliga für Frie-den und Freiheit wurde in Zürich geschlossen. Er war von 135 Delegierten aus 15 Ländern besucht. Am zahlreichsten war die Schweizerische, dänische, amerikanische, englische und französische Delegation, letztere zeichnete sich durch jugendliche Frauen aus, die klar und zielbewußt ihre Forderungen vertraten. Von der Arbeit der einzelnen Länder interessierte besonders die politische Betätigung der amerika-nischen Sektion, auf deren Initiative die zur Zeit in Washington stattfindenden Untersuchungen über den Was-senhandel unter Senator Nye zurückzuführen sind.

Der Kongress war ein geschlossener Arbeitskongress, der den Zweck hatte, das Ziel, die Sühnung und die Arbeit inner-halb der Frauenliga den auf allen öffentlichen Gebieten sich vollziehenden Umgestaltungen anzupassen. Nach eingehenden Erörterungen wurden folgende Grundätze festgelegt: Die I.F.F.F. vereint Frauen, die trotz verschiedener politi-scher und weltanschaulicher Ueberzeugung entschlossen sind zu Studium, Erkenntnis und Beilettung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Ursachen des Krieges und zur Arbeit für Friedenssinn. Die Haupt-ziele der Liga sind: Allgemeine und totale Abrüstung, Ab-schaffung brutaler Gewaltmittel für die Beilegung aller Konflikte, ihre Ersetzung in jedem Fall durch friedliche Er-ledigung in irgend einer Form und die Herbeiführung einer Weltorganisation auf politischer, sozialer, wirtschaftlicher Ko-operation der Völker.

In der Erkenntnis, daß unter dem gegenwärtigen System der Ausbeutung, der Vorrechte und des Profites diese Ziele nicht erreicht werden können, und ein wirklicher und dauernder Friede und wahre Freiheit nicht möglich sind, ist die Frauenliga der Ueberzeugung, daß ihre Pflicht ist, durch gewaltlose Mittel die wirtschaftliche Umstellung zu fördern und zu beschleunigen, welche die Aufstellung eines neuen Systems ermöglcht, unter dem soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung für alle verwirklicht ist, ohne Unterschied nach Geschlecht, Rasse und Ueberzeugung.

Die I.F.F.F. erkennt als Ziel eine wirtschaftliche Ordnung auf weltweiter Grundlage und eine nach dem Bedarf der Menschheit und nicht nach Profit geregelte Welt-wirtschaft. Die Grundlaae der Arbeit aller Sektionen bilden die angenommenen Verträge und die auf ihren Internationalen Kongressen votierten Resolutionen der Liga.

In der revidierten Satzung interessiert besonders die Weltsektion, welche von mindestens 50, drei Ländern ange-hörnden Mitglidern gebildet werden kann und für welche die gleichen Rechte und Pflichten bestehen, wie für die nation-alen Sektionen. Fabrik wird denen, die durch Abschaffung ihres Landes von der Arbeit für Frieden und Freiheit ausge-schlossen sind, die Möglichkeit einer selbständigen Betätig-

ung wieder eröffnet. Die Internationale Frauenliga ist wohl die erste internationale Organisation, welche solche von vielen Menschen längst ersehnte Arbeitsgemeinschaft zu verwirklichen sucht.

Um die Arbeit für Frieden und Freiheit in allen Ländern zu stärken, wird die Zentrale in Genf, sowie die verschiede-nen Referenten und Kommissionen, eine intensivere Verbin-dung mit den Sektionen in die Wege leiten. Vor allen Din-gen soll versucht werden, daß die von der Howard-Vliga auf-gestellten Richtlinien für die Behandlung der Gefangenen als Mindestmaß in allen Ländern Anerkennung finden.

In zahlreichen Resolutionen wurde zur Tagespolitik Stel-lung genommen. Die beschäftigten sich mit der totalen Ab-rüstung, dem Waffenhandel, der Entrechtung der Eingeborenen in Tunis, der Minoritätenfrage, der Gleichberechtigung der Frauen. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Völkerbund dem Antrage auf Aufnahme Sowjetrußlands stattgeben werde und daß er Oesterreich in seinem Kampfe um seine Selbstän-digkeit die so notwendige politische Unterstützung gewähre.

## Zwangsarbeit

### Oeffentliche Anprangerung

Pleghy, 21. Sept. Der kommissarische Bürgermeister in Pleghy erklärt in einer Bekanntmachung, es seien in letzter Zeit Fälle gemeldet worden, in denen erwerbslose Volksgenossen die ihnen zugewiesene Arbeit nicht an-genommen oder nicht angetreten hätten. Diese Arbeitsverweigerung sei eine Sabotage am Aufbau Deutsch-lands und an den Arbeitsbeschaffungsmahnahmen. Die Namen derjenigen, die die ihnen zugewiesene Arbeit ver-weigerten, würden künftig in den Tageszeitungen ver-öffentlicht.

Es handelt sich meist um Leute, die Zwangsverpflichtung zur Zwangsarbeit zu elenden Bedingungen ablehnen.

## Skavenhandel

### Noch immer

N. P. Genf, 22. Sept. Aus Berichten des Völkerbundes geht hervor, daß es noch in 30 Ländern Sklaverei und Sklavenhandel gibt. Die betreffenden Länder liegen meist in Afrika und Asien. An der Spitze marschieren Liberia und Abessinien. Dann folgen Ostafrika, Marokko, Rio del Oro, die Saharagebiete, Tripolis und zahlreiche Völkerriche in China. Seit 1928 sind mehr als eine Million Menschen

verkauft worden. Ingesamt sollen in diesen Staaten und Kolonien noch 5 Millionen Menschen in der Sklaverei leben. In den arabischen Gebieten ist die Sklaverei so selbstver-ständlich, daß in allen Dörfern ständig ein großer Hauf von Sklavenmärkte referiert ist. Die Sklaven werden, wie aus einer Schilderung der Sklavenmärkte in den Genfer Doku-menten hervorgeht, ein paar Tage vor dem Verkauf gut ge-pflegt, um einen wohlgenährten und leistungsfähigen Ein-druck zu machen, und mit Fett eingetrichten, damit ihre Körper schon glänzen. Die Preise schwanken zwischen 100 und 1000 Mark. Die Sklavenhändler haben ihre Spione, die sie warnen, wenn eine Einmischung der Kolonialverwaltung droht, oder ihnen günstige Gelegenheiten (z. B. Ueberfall auf ein Dorf, in dem durch Aeneten künstlich ein Streit erzeugt wird) mitteilen. Oft verkaufen die Eltern aus Notlage ihre Kinder. Sind die Händler mit ihren kleinen schnellen Schiffen in einem der Häfen im Roten Meer oder an der nordafrika-nischen Küste, so fühlen sie sich sicher. Werden sie dennoch er-wischt, so geben sie die Sklaven als Reisende oder Afrika-Pilger aus.

## Erzwungener Religionsunterricht

### Nicht mehr durchzuführen?

Das Ministerium für Volksbildung in Sachsen hat be-stimmt, daß bis zum Inkrafttreten einer reichsrechtlichen Regelung, deren Zustandekommen möglichst beschleunigt werden soll, die Teilnahme am Religionsunterricht nicht durch Strafen oder zwangsweise Zuführung in solchen Fäl-len erzwungen werden darf, wenn die Kinder nachweislich auf ausdrückliches Verlangen der Erziehungsberechtigten dem Religionsunterricht fernbleiben. Weiter bestimmt das Ministerium, daß in Fällen, in denen bereits Strafver-fügungen erlassen sind, die Zurücknahme zu veranlassen ist. Die Staatsanwaltschaften werden ersucht, Rechtsmittel zu-rückzuziehen, die sie bei freisprechenden Urteilen eingelegt hätten, um nachträglich eine Verurteilung zu erreichen.

Die vorstehende Verfügung ist auf Auseinandersetzungen zwischen den Schulklassen und den Erziehungsberechtigten zu-rückzuführen. Nach der Machtübernahme durch den National-sozialismus wurde fast in allen Ländern mit dem Grund-satz der Weimarer Verfassung gebrochen, wonach die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern der Willensklärung der Er-ziehungsberechtigten zu überlassen sei. Insbesondere in Sachsen, wo in früheren Jahren eine verhältnismäßig große Zahl von Schulkindern nicht am Religionsunterricht teilnahm, wurde die Pflichtteilnahme eindeutig ausge-sprochen.

# Völkerbund und Osteuropa

A. Sch. Die vollzogenen Tatsachen wirken nicht mehr sensationell, und es ist nicht mehr die Tatsache selbst des Beitritts der Sowjetunion zum Völkerbund, die im Vordergrund der europäischen Politik steht. Der Einzug Litwinows nach Genf ist gewiß wichtig: völkerrechtlich, außenpolitisch, psychologisch. Das französisch-russische Bündnis ist gewaltig gestärkt worden, der Händedruck von Barthou und Litwinow auf dem Wege Litwinows zur Rednertribüne ist ja mehr als symbolisch; nun genießt die Sowjetunion den Schutz als Völkerbundsmitglied; nun hat sich die bürgerliche Öffentlichkeit mit dem aktiven Eingreifen der Sowjetunion in die europäische Politik als führende Völkerbundsmitglied bereits abgefunden. Aber all das ist schon erreicht, was wir nun mehr folgen?

Litwinows Einzug ist nur der Ausgangspunkt einer aktiven Politik, die die Sowjetunion, sich nunmehr auch auf Genf stützend, betreiben wird. In seiner Antikritikrede hat Litwinow sehr deutlich unterstrichen, was für eine Politik das sein wird. Die Sowjetunion ist nach Genf gegangen, um die unmittelbar drohende Kriegsgefahr durch aktive Sicherheitspolitik abzumehren. Nicht für ferne Zukunft, sondern bereits für morgen besteht die akute Kriegsgefahr, der Völkerbund muß wirksame Garantien, nicht papierne Resolutionen gegen die den Krieg vorbereitenden Staaten ausarbeiten, welche in Europa und Asien die Grenzen mit dem Schwert zu ändern erheischen: diese Sätze Litwinows werden in Berlin gewiß richtig eingeschätzt werden. Die Sowjetunion verlangt aktive Sicherheitspolitik.

Nun gibt es drei Möglichkeiten, Genf in die internationalen Sicherheitsmaßnahmen gegen den deutschen Faschismus einzuschalten. Vor allem: der Nordost-Pakt, das Ostlocarno. Es ist verfrüht, den Nordost-Pakt zu Grabe zu tragen, was die Hitlersche Presse so gerne sehen möchte. Der Nordost-Pakt ist nicht tot, im Gegenteil, der Kampf um ihn ist im vollen Gange. Die Sowjetunion wollte den Nordost-Pakt noch vor seinem Eintritt in den Völkerbund abgeschlossen haben, Frankreich hat empfohlen, zunächst den Eintritt zu vollziehen. Als Mitglied des Völkerbundes werde die Sowjetunion neue Möglichkeiten erhalten, auf dem Pakt zu bestehen. Litwinow ist diesem Rat gefolgt, nun wird die französisch-russische Aktion auch von Genf geleitet werden.

Deutschlands Ablehnung hat das Schicksal des Nordost-Paktes noch nicht entschieden. Jetzt hat Polen das Wort, das noch keine Entscheidung getroffen hat. Der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund wird auf Polen seinen Eindruck nicht verfehlen können. Polens Entscheidung ist ungewiß, es geht jetzt um die Möglichkeit eines polnisch-russisch-französischen Kompromisses in der Paktfrage. Tage langer Erwartung für die Hitlersche Diplomatie! Denn wird Polen auch bedingte Zustimmung zum Ost-Locarno geben, dann ist die ganze europäische Politik Hitlers zerfallen, die letzte Unterstützung und Hoffnung wird ihr genommen werden. Polens Ablehnung wird aber in erster Linie den französisch-polnischen Gegensatz verschärfen: schon spricht die radikale „Republique“, die noch vor einem Jahr die deutsch-polnische Verständigung begrüßte, von den ökonomischen Sanktionen gegen Polen. Diese Ablehnung wird die russisch-französischen Zusammenarbeiten noch enger gestalten. Auf dem Presse-Frühstück hat Litwinow eine Andeutung gemacht, die Vertinax im „Echo de Paris“ sofort interpretierte: unter allen Umständen will die Sowjetunion mit den friedensinteressierten Mächten einen Sicherheitspakt abschließen: also mit Frankreich, der Kleinen Entente, der Balkan-Entente, der Baltischen Entente.

Sagt Polen nein, werden die baltischen Randstaaten unschlüssig, dann wird auch dadurch die große Frage der Sicherheit in Ost-Europa nicht abgetan. Im Gegenteil: noch dem Hitlerschen Rein brennen die Wunden der ungesicherten Grenzen Ost-Europas noch schmerzlicher. Es gilt in erster Linie den Kriegseinbruch des Hitler-Deutschlands nach dem Osten zu verhindern — im Falle eines japanischen Überfalls auf die Sowjetunion. Fällt die äußere Form des Nordost-Paktes, dann bestehen noch zwei andere Möglichkeiten, das Sicherheitsystem auszubauen. Die eine wäre die Einführung der Sanktionen gegen den Angreifer durch den Völkerbund

# 1000 Tote in Japan

### Grauenhafte Verwüstungen durch Taifun und Springflut

## Kilometerlanges Trümmerfeld

Dns. Tokio, 21. Sept. Ein von schweren Regenfällen begleiteter Taifun raste am Freitagvormittag mit einer Stundengeschwindigkeit von 45 Meilen quer durch Zentral-Japan. Er nahm seinen Anfang bei Osaka und ging über Koto in das japanische Meer. Es entstand eine Springflut, durch die auf einer der vorgelagerten Inseln etwa 2000 Häuser überflutet wurden. Man befürchtet große Verluste an Menschenleben.

Der Weg, den der Taifun genommen hatte, bietet den Anblick eines Trümmerfeldes. Ausgerissene Bäume und Telegrafensäulen sowie die Trümmer von zerfallenen Häusern liegen wie durcheinander. In Osaka sind zahlreiche Häuser, darunter mehr als 40 Schulen, eingestürzt. Militär wurde sofort angefordert, um sich an dem Rettungswerk zu beteiligen. Die Zahl der Toten beläuft sich bisher auf etwa 400. In Osaka ist ferner ein berühmter Tempel zerstört worden. Dabei sind 15 Personen verletzt worden.

In Koto wurden ein Amtsgebäude und über zehn Schulen vernichtet. Nach den ersten Berichten sollen hier etwa 1000 Schulkinder unter den Trümmern begraben worden sein. Etwa 100 konnten sofort nach dem Unglück wieder befreit werden.

Der Eisenbahnverkehr zwischen Tokio, Osaka und Schimonoseki ist unterbrochen. Zahlreiche Flüge sind verunfallt. Einzelheiten über diese Unglücke stehen noch aus. Auch der Telegraf- und Telefonverkehr im Unglücksgebiet ist unterbrochen.

Man ist der Ansicht, daß es sich bei dem Taifun um den schwersten handelt, der während der letzten 30 Jahre Japan heimgesucht hat. Während die Schäden auf dem Festland unbeschreiblich groß sind, sind die Verluste der Schifffahrt verhältnismäßig gering, da von einer meteorologischen Station rechtzeitig Warnungszeichen abgegeben werden konnten.

## 500 Kinder verschüttet

Weiter wird gemeldet:

Von dem furchtbaren Taifun-Unglück, das weite Strecken Mitteljapans verwüstet hat, werden weitere erschütternde Einzelheiten bekannt. Danach sind 47 Schulen eingestürzt. 225 Kinder wurden getötet, während 830 mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten und drei noch vermisst werden. In 188 vollständig zerstörten und 260 stark beschädigten Häusern sind man 96 Tote und 298 Verwundete auf. 20 Häuser wurden durch die Springflut vollständig fortgerissen; überschwemmt wurden insgesamt etwa 100 000 Häuser. Die

auf dem Wege einer Reform seiner Satzung. In seiner Rede hat Litwinow auf diese Möglichkeit hingewiesen: er verlangte vom Völkerbund als Institution wirksame Mittel gegen den Angreifer. Nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund trägt dieses die moralische und politische Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in Ost-Europa, für die Verhinderung eines deutsch-faschistischen Angriffs auf die Sowjetunion, das Baltikum — und auch nach anderen Richtungen hin. Wird der Völkerbund mit dem Ausbau eines wirksamen Sicherheitsystems nicht fertig, dann werden die beiden europäischen Großmächte, gegen die das Hitler-Deutschland rüstet, Frankreich und die Sowjetunion, die nunmehr auch durch die gemeinsame Völkerbundspolitik miteinander verbunden sind, die Möglichkeiten eines Defensivbündnisses prüfen, das auch für den Beitritt anderer osteuropäischer, vom Hitler-Deutschland bedrohten Länder, offenstehen wird.

Der Völkerbund mit der Sowjetunion und ohne das Hitler-Deutschland kann zu einem abwehrenden Friedensbund werden, — oder mindestens zum internationalen Rahmen für das Defensivbündnis gegen den Angreifer. Dann wird der Friedenswille des Westens zu einer Deckung der Sicherheit der Grenzen des revolutionären Staates im Osten werden.

## Werbt für die „Deutsche Freiheit“!

fern gegen früher stark gehandicapt, als die Oppositionskommunisten durch die Bildung der sozialistisch-kommunistischen Einheitsaktion, der sie sich bekanntlich nicht angeschlossen haben, in eine etwas prekäre Situation geraten. Es fragt sich nun, inwieweit es den Oppositionskommunisten unter Führung des Maire Hueber gelingt, die früheren Wähler wieder aufzubringen. Davon hängt bei diesen Wahlen sehr viel ab. Eine Voraussetzung ist aber heute keinesfalls möglich, denn bei den mannigfaltigen, nicht immer rein politischen Interessen, von denen sich die Wähler bei dieser Abstimmung leiten lassen, sind Ueberraschungen durchaus möglich. Inzwischen erweist sich der nicht direkt Interessierte an der Pressepolitik, bei der nicht selten mit sehr großen Geschäften geseuert wird.

### Ein Hundstreichsjähriger

Ein Mann, der in der politischen und in der gewerkschaftlichen Bewegung des Elsass Jahrzehntelang in vorderster Reihe gekämpft hat, Jacques Peirotes, vollendet dieser Tage sein hundertjähriges Lebensjahr. Peirotes ist als unermüdlicher Vorkämpfer für die Interessen des schaffenden Volkes nicht nur in seiner engeren Heimat, sondern auch weit darüber hinaus in Deutschland und Frankreich bekannt geworden. Seit einigen Jahren hat sich der Jubilar von der aktiven Politik zurückgezogen. Ein schweres Verden hindert ihn daran, noch wie früher, da er als Redakteur der „Freien Presse“, als Landtags- und Reichstagsabgeordneter sowie als Maire von Straßburg im Mittelpunkt des politischen Lebens stand, aktiv in der Politik tätig zu sein. Aber Jacques Peirotes hat den Kampf, der ihm so lange Lebenselement war, immer noch nicht aufgegeben. Seine Ansätze in der „Freien Presse“ verraten auch heute noch den Kampfsinn eines Mannes, dem die elssässische Arbeiterklasse viel zu verdanken hat und der mit immer wachem Geist das öffentliche Leben beobachtet. Auch wir entbieten dem unermüdlichen Kämpfer zu seinem Jubeltag nachträglich unsere besten Wünsche.

### Ministerbesuch in Straßburg

Aus Anlaß der Gemain du Combattant weihte vor einigen Tagen der Pensionsminister Riposte hier, der an den Be-

trrenanstalt in Osaka wurde durch die Flutwelle vernichtet. Mehr als 60 Geistesranke werden vermisst. Unter den 10 Eisenbahnzügen, die durch die Gewalt des Taifuns umgeworfen wurden, befindet sich auch der aus 10 Wagen bestehende Expresszug Tokio-Schimonoseki, der mit 250 Reisenden besetzt war. Der Zug stürzte gerade in dem Augenblick um, als er eine über einen Fluß führende Brücke passierte. Glücklicherweise hielt das Geländer stand, so daß der Zug nicht in den Fluß stürzte.

Auch die fünf Flugzeuggruppen des Flugplatzes Haneda bei Tokio fielen dem Taifun zum Opfer. 20 Flugzeuge wurden dabei vollständig vernichtet.

Japan ist von einem ungeheuren Unglück betroffen worden. Seine Größe ist nur mit dem Erdbeben von 1923 zu vergleichen. In Tokio ist nach übereinstimmenden Meldungen kein Haus mehr in Taft. Fußhoch liegen die Trümmer auf den Straßen. Was der Taifun noch nicht vernichtete, ist nachher die Springflut: die Küste der betroffenen Landstriche, die Häfen und Ortschaften bilden ein unbeschreibliches Bild der Verwüstung. Der Hafen von Satal, in der Nähe von Osaka, ist vom Erdboden vertilgt worden. Nach den letzten Feststellungen sind in den gesamten vom Taifun verwüsteten Gebieten Mitteljapans 948 Tote und 3788 Verletzte gezählt worden. Die Zahl der Vermissten wird mit 500 angegeben. Große Hilfsmaßnahmen sind im Gange. Vor der Verwüstung und der Panik der Menschen sind sie im Augenblick noch ganz hilflos.

## Truppen werden mobilisiert

Dns. Tokio, 21. Sept. Auf Veranlassung der japanischen Regierung ist eine Anzahl Flugzeuge aufschien, um zusammen mit japanischen Pioniertruppen die Rettungsaktion erfolgreich durchzuführen. Die Flugzeuge werden auch Lebensmittel mitnehmen, da es Städte gibt, die zur Zeit auf normalem Wege nur sehr schwer zu erreichen sind. Von japanischer Seite wird mitgeteilt, daß alle Berichte, daß bei dieser Katastrophe die japanische Marine gelitten habe, nicht den Tatsachen entsprechen. Auf Veranlassung des japanischen Kriegsministers Hataji sind technische Truppen eingeleitet worden, um die Hilfsaktion für die Bevölkerung zu beschleunigen, die unter den Trümmern der Häuser liegt. Bei Osaka ist es gelungen, ein Entbindungsheim teilweise auszugraben, wobei ein Teil der Anlassen gerettet werden konnte. Die Funkverbindung zwischen Osaka und Tokio war unterbrochen und soll heute wieder hergestellt werden.

## Polens Rückzug

### In der Minderheitenfrage

Genf, den 21. September 1934. Am Freitag wurde in der Politischen Kommission die Aussprache über den polnischen Vorschlag auf Veräußerung der Minderheitenschutzverträge von neuem eröffnet. Zur großen Ueberraschung der Konferenz zog der Vertreter Polens seinen Antrag auf Veräußerung der Minderheitenschutzverträge zurück.

Der Präsident Madariaga hatte den polnischen Vertreter gebeten, sich nochmals zu der ganzen Frage zu äußern, da man, wie er sehe, in den Aussprachen nicht weiterkomme. Macagnski erklärte darauf, Polen halte seinen Standpunkt grundsätzlich durchaus aufrecht. Es habe hier bei einigen Staaten Unterhändlung gefunden, bei anderen jedoch, und nicht den kleinsten, sei es auf Ablehnung gestoßen. Er habe Gegenstände zum Teil schon widerlegt und es würde ihm nicht schwer fallen, die übrigen leicht noch zu widerlegen. Er verzichte aber darauf, da Einstimmigkeit notwendig sei und seine Aussicht auf eine Entscheidung im Sinne des polnischen Antrags bescheide. Aus diesem Grunde werde Polen den Antrag nicht zur Abstimmung bringen.

Diese Haltung Polens ist, wie man allgemein annimmt, gleichbedeutend mit einer Zurückziehung des polnischen Antrages auf Einberufung einer Konferenz mit dem Ziele einer Veräußerung der Minderheitenschutzverträge. Welche nun die weiteren Folgerungen sein werden, die Polen aus dieser Tatsache zieht, bleibt abzuwarten. Die Ankündigung des Außenministers Beck, daß Polen in diesem Falle seine Mitwirkung bei der Kontrolle seiner elassischen Minderheitenschutzverpflichtungen durch den Völkerbundrat verweigern würde, ist jedenfalls bisher nicht widerrufen worden.

# Straßburger Wochenschau

Straßburg, 21. September 1934.

### Generalkatzenwahlen

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Unter diesen Schatten verstehen wir nicht allein die unzähligen Plakatwände, die seit einigen Tagen auf den freien Plätzen der Stadt errichtet wurden und die dazu dienen, die Wahlplakate der verschiedenen Parteien aufzunehmen. Sie werfen bei mangelnder Sonne nicht Schatten genug! Die besten Vorzeichen dieser Wahl sind die Auseinandersetzungen in der Presse, die sich schon seit Wochen bemüht, den Wählern plausibel zu machen, worum es bei diesen Wahlen geht. Und obwohl der Generalkatzenrat nicht in so hervorragender Weise politische Funktionen zu erfüllen hat, wie irgend ein anderes Parlament, treten doch infolge der besonderen Lagerung der Verhältnisse im Elsass die politischen Argumente stark in den Vordergrund. Eine besondere Bedeutung kommt den Wahlen noch insofern zu, als sie gleichzeitig ein Prüfstein für die Einheit der beiden Arbeiterparteien bilden. Kommunisten und Sozialisten marschieren zwar im ersten Wahlgang am 7. Oktober noch getrennt, sie haben sich jedoch verpflichtet, im zweiten Wahlgang demjenigen Kandidaten von einer der beiden Parteien ihre Stimme zu geben, der im ersten Wahlgang am besten abgeschnitten hat. Es besteht dadurch die Chance, daß die Kommunisten und Sozialisten diesmal besser abschneiden werden, als vor sechs Jahren, da die beiden Parteien auch im zweiten Wahlgang getrennt marschieren. Die Parole der Radikalsozialistischen Partei ist auch diesmal von wünschenswerter Klarheit. Die Partei stimmt im ersten Wahlgang für den eigenen Kandidaten, im zweiten dagegen verspricht sie ihre Wähler aufzufordern, den Kandidaten zu wählen, der die meisten Aussichten hat, den Kandidaten der „Volksfront“ zu schlagen. Die „Volksfront“, eine reine Zweckvereinigung, die sich aus autonomen, merkmalen und oppositionskommunistischen Gruppen zusammensetzt, geht zwar auch diesmal wieder ziemlich geschlossen in den Wahlkampf, ist aber inso-

fern gegen früher stark gehandicapt, als die Oppositionskommunisten durch die Bildung der sozialistisch-kommunistischen Einheitsaktion, der sie sich bekanntlich nicht angeschlossen haben, in eine etwas prekäre Situation geraten. Es fragt sich nun, inwieweit es den Oppositionskommunisten unter Führung des Maire Hueber gelingt, die früheren Wähler wieder aufzubringen. Davon hängt bei diesen Wahlen sehr viel ab. Eine Voraussetzung ist aber heute keinesfalls möglich, denn bei den mannigfaltigen, nicht immer rein politischen Interessen, von denen sich die Wähler bei dieser Abstimmung leiten lassen, sind Ueberraschungen durchaus möglich. Inzwischen erweist sich der nicht direkt Interessierte an der Pressepolitik, bei der nicht selten mit sehr großen Geschäften geseuert wird.

### Ein Opfer der Pflicht

Im Krankenhaus starb der junge Feuerwehmann Ernst Hammacher aus Stühheim, der bei der Bekämpfung eines Großfeuers schwere Verletzungen davongetragen hatte. Der Präsiert besuchte einige Tage vor dessen Tod den Schwerverletzten im Krankenhaus und überreichte ihm die Ehrenmedaille.

### Besetzung des Straßburger Schiffschirmarktes

In der letzten Zeit ist im Straßburger Hafen eine erhöhte Nachfrage nach Verfrachtungen festzustellen. Es handelt sich vor allem um Verfrachtungen für die Mosel und das Saargebiet. Auch für den Rhein-Transport werden viele Boote benötigt. Angesichts des Herbstes und der Zuferrübernahme ist eine weitere Besetzung zu erwarten.

### Das Schloß von Orschweier niedergebrannt

In einer der letzten Nächte wurde das Schloß von Orschweier ein Raub der Flammen. Die Besatzung des Großfeuers war infolge Wassermangels außerordentlich erschwert. Der Materialschaden beläuft sich auf etwa 500 000 Franken. Drei Familien, die das Schloß bewohnten, verloren ihr Hab und Gut und wurden obdachlos.

### Ueberraschung an der Grenze

In der vergangenen Nacht raubten unbekannte Diebe die Auslagen eines Ueberraschungsgeschäftes in der Steinstraße aus. Der Einbruch wurde erst in den Morgenstunden entdeckt. — Von der Gendarmarie wurde ein Deutscher festgenommen, der einen hiesigen Geschäftsmann um 15 000 Franken betrogen hatte, ein anderer Deutscher aus Rehl, der sich ohne Erlaubnis hier aufhalten hatte, wurde mit seiner Familie über die Rheinbrücke abgehoben.

### Herbstkennnen

Am 23. und 30. September finden in Straßburg die beliebten Herbstkennnen statt. — E. L.

## Meine Gefangenschaft Von Joseph Caillaux

Josef Caillaux zeigt sich als unerbittlicher Ankläger, ohne Furcht vor seinen Richtern. Es ist Februar 1920. Selbst seine politischen Gegner bewundern seine Ruhe und seine seelische Kraft. Er spricht, als ob er in der Kammer eine Interpellation beantwortet. Die Anklage schrumpft zusammen.

### „Warten wir die Zeugen ab!“

In der Presse sieht man ein, daß ich das Spiel gewonnen habe. „Warten wir die Zeugen ab.“ sagen die Zeitungen der Rechten. Da sind sie nun! Da sind die Zeugen der Anklage! Sie sprechen von der Zeit vor dem Kriege. Große politische Diskussionen, einzig und allein politisch, über die Ereignisse von 1911, die mehrere Verhandlungen hindurch fortlaufen. Herr de Selves und seine Leutnants, eine ganze Ecke aus dem Quai d'Orsay, alle kramen sie ihre Enttäuschungen aus, ihren Herzensgroll und ihre Bitternisse. Sie werfen mir vor, ich habe als Regierungshaupt über den Kopf des mir unterstellten Außenministers hinweg gehandelt, und man braucht sie nur sprechen zu hören, um zu begreifen, daß ich ohne sie habe handeln, von den Rechten habe Gebrauch machen müssen, welche die Verfassung — so wie sie ausgelegt und angewandt worden ist — dem Ministerpräsidenten einräumt. Die gleichen Leute erlauben sich die unbewiesene Behauptung oder Unterstellung, daß ich im Laufe der Unterhandlungen eine Schwenkung in unserer Bündnispolitik und eine Annäherung an Deutschland angestrebt habe. Herr Fondère, der gleichfalls von der Anklage vorgeladen wird — der einzige Gewährsmann, dessen ich mich bedient habe — stellt die Dinge richtig, indem er in durchaus anständiger Gesinnung ausführt, daß ich ihn mit keiner anderen Mission bei Herrn von Lancken betraut habe — Lancken hatte ihn rufen lassen —, als mit der Sammlung von Auskünften; er sagt scharf und bestimmt, daß ich unserem Botschafter Herrn Jules Cambon die Informationen übermittelte, welche er mir verschafft hatte. Schließlich erklärt Herr Cambon, er sei ständig mit mir einig gewesen; ich habe ihm nichts verheimlicht und habe ihm keine von den politischen Richtlinien gegeben, wie man sie sich einbildet. Schluß! Die Anklage wird darauf verzichten müssen, mir meine Vorkriegspolitik vorzuwerfen, um so mehr, als zwei von meinen ehemaligen Ministern, Herr Augagneur und Herr Messimy, die durch die Verteidigung vorgeladen werden, meiner Politik von 1911 volle Gerechtigkeit angedeihen lassen, und als Herr Messimy — mein ehemaliger Kriegsminister, ein rührendes Bild entwirft von unseren gemeinsamen Bemühungen um vervollständigte Garantien für die nationale Verteidigung, um Beschaffung jener schweren Artillerie für das französische Heer, deren Fehlen 1914 so ungünstig wirkte — und nicht an uns hat es gelegen, wenn unsere Soldaten sie nicht zur Verfügung hätten.

### Die Anklage scheidet

„Aber all das steht ja nicht in der Anklage!“ sagt man in der Presse der Rechten. Da haben wir! Was für Zeugen bringt der Generalprokurator vor? Alle Italiener, die er vorgeladen hat, ziehen sich zurück. Herr Martini wagt nicht, der Diskussion die Stirn zu bieten. Es kommen, um gegen mich nicht auszusagen, sondern zu plädieren: der französische Botschafter in Rom, sein erster Sekretär und sein ehemaliger beigeordneter Militärattaché. Die Gerechtigkeit gebietet mir anzuerkennen, daß, wenn Herr Charles Roux mit Gift und Geifer angreift, Herr Barrère sich drückt und Herr Noblemaire nichts sagt als Unbedachtes. Alle aber sehen sich gezwungen anzuerkennen, daß sie, abgesehen von Herrn Martini, nicht eine einzige Persönlichkeit zu Gesicht bekommen haben, die mich getroffen oder mit mir gesprochen hatte; daß sie Äußerungen, die mir in den Mund gelegt worden sind, ihnen aus zweiter, aus dritter, ja, aus vierter Hand zugebracht wurden. Uebrigens vermögen sie keine einzige von diesen Äußerungen klar und bestimmt anzugeben; sie beschränken sich darauf, mir meine Beziehungen zu Cavallini und seinen Freunden vorzuwerfen, sowie die Atmosphäre, die infolge meiner Anwesenheit in Rom entstand. Kurz und gut, es ist der Anklage nicht gelungen, einen Mann vor die Schwänke treten zu lassen, der imstande gewesen wäre zu sagen: „Herr Caillaux hat dieses oder jenes zu mir gesprochen.“ abgesehen von Herrn de Jovenel, dem Chefredakteur des „Matin“, der mich in Italien getroffen hat und dessen Aussage, wenn auch allen Wohlwollens gegenüber den Meinigen bar, doch entschieden sich gegen die Anklage wendet.

### Rosenwald

Nun die Affäre Lipscher! Nur ein Zeuge: Herr Rosenwald — sie bestätigt meine Angaben. Die argentinische Affäre! Gleichfalls nur ein Zeuge: Rosenwald. Der gibt sich Mühe, giftig zu sein. Er behauptet, er habe mir über Minotto die Winke gegeben, die ich angeführt habe. Immerhin wird er müde angesichts meines Leugnens, insbesondere, wie ich ihm die materielle Unmöglichkeit der Unterhaltung nachweise, die er erdichtet und die am Tage nach meiner Abreise aus Buenos Aires stattgefunden haben würde. Er lautet bei der Erklärung: „Ich habe die innere Ueberzeugung, Ihnen gegenüber diese Sprache geführt zu haben.“ Der Ton hat sich gemildert. Die Versicherung bleibt trotzdem bestehen. „Rosenwald ist der Hauptzeuge der Anklage.“ schreiben die feindseligen Zeitungen. Er ist sogar der einzige Zeuge; denn man kann doch kein Aufhebens machen von dem im übrigen gar nicht berücksichtigten Behauptungen eines Schlafwagenkontrolleure, der die komische Note in die Verhandlung bringt. Dieser Beamte erzählt, er habe im November 1916 bei meiner Rückkehr aus Italien mit mir gesprochen. Ich habe ihm im Gange des Schlafwagens in Gegenwart zweier Reisender, eines französischen Offiziers und eines amerikanischen Touristen, lang und breit dargelegt, daß der Sieg unmöglich sei und daß man so schnell wie möglich Frieden schließen müsse. Jeder,

der mich kennt — viele werfen mir vor, ich sei zugeknöpft —, kann sich schwerlich vorstellen, daß ich derart mein Herz in den Busen eines Schlafwagenkontrolleure ergossen habe. Ein jeder hat seine Ansicht fertig, wie man nun feststellt, daß niemals ein Offizier in dem Wagen gewesen ist, und daß der Amerikaner, den man wiedergefunden hat, mit Nachdruck den merkwürdigen Beamten Lügen straft, der, wie ich mit einigem Grund annehme, mir in der Hauptsache . . . ein ungenügendes Trinkgeld vorzuwerfen hatte.

### „Aus dem Sumpfand heraus“

Was bleibt denn noch übrig? Das Gemischel von Klatschgeschichten, das in dem ersten der Lux-burg-Telegramme enthalten ist, dem das zweite Telegramm jegliche Tragweite raubt — die Tatsache, daß ich die Regierung nicht in allen Einzelheiten auf dem laufenden gehalten habe über die spigbübischen Operationen Lipschers und den anschließenden Versuch —, die possenhaften italienischen Geschichten, für die mit viel Geifer eine gewisse Persönlichkeit aus der Karriere plädiert ohne einen Zeugen als Stütze.

Wie kann man mit solchem Rüstzeug eine Klagestrift aufbauen? Herrn Lescouvé gelingt es. Daß geschickte Unterstellen ihm beigestanden sind, unterliegt keinem Zweifel. Ebensowenig aber wird man zu bestreiten vermögen, daß der Beamte großes Talent an den Tag gelegt hat, indem er mit den elenden Grundstoffen, über die er verfügt, ein Requisitorium auf die Beine brachte, das um so gefährlicher war, als es verhältnismäßig maßvoll schien. Er ging so weit, daß er die Zweifel an meiner Schuld, die ihm gekommen waren, eingestand, und ich bin sicher, daß ich mich nicht täusche, wenn ich behaupte, daß im Augenblick, wo er sprach, sein Gewissen in Unruhe war. Als ich an die Reihe kam, mich zu verteidigen, da konnte ich Wort für Wort, ohne unterbrochen zu werden, ohne einen Protest hervorzurufen, sagen: „Herr Generalprokurator, es ist mir erschienen, als seien in Ihrer Ansprache Spuren tiefgreifender Bedenklichkeiten zu entdecken, und Sie haben ja selbst durch die Prüfung meiner Akten keine Gewißheit gehabt haben.“

## Der Freispruch

213 gegen 26 Stimmen - „Hoch Caillaux!“

Endlich wurde mir das Wort erteilt. Als ich meine Rede beendet hatte, nahm ich im Senat ein Wogen und Brausen wahr, wie ich es kenne, wie es die Menschenansammlungen durchschüttelt, wenn eine Ueberzeugung sie durchdrungen hat. Ich hörte Rufe widerhallen: „Hoch Caillaux!“ Ich sah Tränen im Saale, während die Tribunen in Beifall ausbrachen. Ich wurde freigesprochen.

Ich wurde freigesprochen, da das Staatsgericht mit erdrückender Mehrheit, mit 213 Stimmen gegen 26, die Schlüsse des Herrn Generalprokurators verwarf. Kein Einvernehmen mit dem Feinde! Kein Komplott gegen die Sicherheit des Staates nach außen! Alles am Boden!

Doch die Politik wachte.

Maitre Demange erinnerte in seinem Plädoyer daran, daß Herr Clemenceau, als er im Jahre 1891 auf der Tribüne der Kammer zu einer Interpellation sprach, zu einem seiner Diskussionsredner sagte: „Sie sind nicht für das Revolutionstribunal, mein Herr — Sie haben ein kurzes Gedächtnis. Es ist nicht lange her, da haben wir beide, Sie und ich, zusammen ein Revolutionstribunal errichtet, und zwar das schlimmste von allen: wir haben den Staatsgerichtshof geschaffen und Politikern andere Politiker ausgeliefert, deren Verurteilung solchergestalt von vornherein gesichert war.“ Meine Verteidiger hätten an ein anderes Wort erinnern können, das einst ein zynischer Staatsmann äußerte: „Das Staatsgericht ist ein Tribunal, geschaffen, um die Gegner der Regierung zu verurteilen, nicht, um über sie zu urteilen.“

Trotz alledem — man kann dem Generalprokurator unmöglich Folge leisten — der Frevel wäre nicht auszumessen. Man kann nicht anders, man muß die Nichtigkeit der Anklage ausrufen. Von diesem Augenblicke an bin ich nur noch der Unschuld schuldig. Aber für diese muß man mich bestrafen. Vor allem muß man mich ausschalten aus Politik und Regierung.

Wie aber? Oh! Die Zusatzfrage!

Hatte man das Recht, sie zu stellen? Zahlreich sind die Rechtsgelehrten, die der Ansicht huldigen, man könne im Staatsrecht nicht mit Ersatzwerten arbeiten, man werde, nach dem Ausspruch des Abgeordneten und Rechtslehrers Herrn Gheusi, „verfolgt wegen des einen oder wegen des anderen“, ein Tribunal habe über nichts zu richten als über das, womit es befaßt sei, es sei vor allem nicht befugt, sich zu äußern über eine Umgebung oder über eine Atmosphäre. Caillaux war angeklagt wegen Einvernehmens mit dem Feinde und wegen Anschlags auf die Sicherheit des Staates nach außen — strafbar nach Artikel 77 und 79 des Strafgesetzbuches. Das war klar und bestimmt umschrieben. Der Staatsgerichtshof erklärt die Schlüsse des Generalprokurators für mangelhaft begründet. Schluß! Damit muß Schluß sein!

Ich höre den Einwand, den man machen wird: das Staatsgericht, das ja ein Tribunal ist und kein Schwurgericht, konnte dem Gesetze nach die ihm vorgelegten Fälle betiteln und die Betitelung ändern, die ihnen der Generalprokurator

Der Beamte, dessen hauptsächliches Thema es gewesen war, daß in Kriegszeiten ein Mann der Öffentlichkeit nicht das Recht habe, eine andere Politik als die der Regierung zu verfolgen, der Beamte schloß damit, daß er gegen mich eine „politische Verurteilung“ beantrage. Endlich! Wir waren aus dem Sumpfand heraus, darin man mich hatte erstickt wollen. Endlich! Die Anklage proklamierte den rein politischen Charakter der Aktion, die man gegen mich abhängig gemacht hatte.

### Die Verteidiger: Moutet und Moro-Giafferi

Ich verzichte darauf, anders als in wenigen Worten die aller Bewunderung würdigen Plädoyers meiner Verteidiger zusammenzufassen. Maitre Moutet zeigte in Ausblicken von seltener Höhe des Niveaus, wie groß der Dienst war, den ich zur Stunde von Agadir Frankreich erwies; er räumte mit unendlich viel Schwung und Geist mit den Hypothesen auf, die man aufgezimmert hatte auf den Papieren aus dem Geldschrank von Florenz. Die Aufrichtigkeit, die Ueberzeugtheit seiner Sprache, sein Glaube an die Republik — all dies bewegte die Hörer. Unter der Anwaltsrobe fühlte man das Herz des Menschen schlagen. Maitre de Moro-Giafferi ließ seiner Beredsamkeit drei Sitzungen hindurch freien Lauf. Er packte die Anklage im Nahkampf, zergliederte jede Behauptung des Generalprokurators, er räumte mit allen Spigfindigkeiten auf und hob die Hohlheit der Akten aus Licht. Und seine Argumentierung war durchwegs, untermischt mit prächtigen Wallungen von Beredsamkeit. Sein Schlußwort funkelte von unvergleichlicher Leppigkeit im Wortschatz und in den Bildern. Maitre Demange sprach als lehter. Man hat von ihm gesagt, er sei die verkörperte Verteidigung. Die hohe Würde seines Lebens, seine strenge Ehrenhaftigkeit, seine große Vergangenheit: das ist sein Gefolge. Er gab dem Recht das Wort. Er zeigte, daß man ebensowenig dem Recht wie dem Tatbestand nach sich auf die Artikel des Strafgesetzbuches berufen konnte, die der Generalprokurator auf mich angewandt sehen wollte. Er erzielte einen tiefen Eindruck, als er erklärte, daß er, als er auf die Bitte von Pascal Ceccaldi sich zu meiner Verteidigung bereitgefunden, sich gesagt hatte: „wenn im Laufe der Untersuchung Einzelheiten zum Vorschein kommen sollten, die in seinem Gewissen irgendeinen Zweifel aufkommen ließen, dann gäbe es ja Krankheiten zu gelegener Zeit, die von der Erfüllung einer Aufgabe entbinden könnten“, daß er aber „bei jedem seiner Schritte immer stärker seinen Glauben an die Unschuld des Herrn Caillaux sich hatte bestätigen sehen“.

mit seinen Schlüssen gegeben hatte. Bare Retourkutsche! werfen die Juristen ein, die teils versichern, daß der Satz umgekehrt werden muß, daß der Staatsgerichtshof eher ein Schwurgericht ist als ein Tribunal, die anderenteils bemerken, daß die Senatoren, die gleich den Gliedern eines Kriegsgerichts zugleich über die Schuldfrage und über die Bulle das Urteil fällen, das unter dem Namen Schöffengericht bekannte System verkörpern. Nun steht vor den Rechtsinstanzen dieser Art die Unterstellung unter einen anderen Titel nicht frei. „Sie ist nur möglich, wenn man von Beginn der Verhandlungen an die Ordnungsmäßigkeit einer Umwandlung der Etikette für die Beschuldigung hat hervortreten lassen. Der Präsident macht auf diese Eventualität aufmerksam. Die Staatsanwaltschaft spricht sich aus, die Verteidigung gleichfalls.“ (M. Gheusi in der „Ere Nouvelle“ vom 27. April 1920.)

Doch die Frage greift höher hinauf; Herr Guggenheim, Rechtsanwalt, formuliert sie richtig im „Bulletin de la Ligue des Droits de l'Homme“ vom 5. Mai 1920. In einem Artikel unter dem Titel „Der Beschluß des Staatsgerichts ist ungesegnet!“ schreibt er: „Vor einem Tribunal oder vor dem Schwurgericht — mögen die Richter unbeteiligt dürfen oder nicht — gibt es in der Praxis keine Beispiele für Titeländerungen ohne vorherige Ermöglichung einer Diskussion im Laufe der Verhandlung für die Verteidigung und den Angeklagten, mag das geschehen durch den Präsidenten oder den Staatsanwalt.“

Nun hat man die Zusatzfrage gestellt, ohne mich zu benachrichtigen, ohne mir eine Verteidigung zu ermöglichen. Maitre Demange hat Einspruch erhoben mit der ganzen ihm zu Gebote stehenden Macht seines Ansehens. Er hat festgestellt, daß „vor den Augen des Landes Herr Caillaux verurteilt wurde, ohne verteidigt worden zu sein, ohne die Erlaubnis zu erhalten, sich selbst zu verteidigen“. Und in der Tat, wann ist denn vom Artikel 78 des Strafgesetzbuches gesprochen worden, den man auf mich angewandt hat? Im Laufe der Untersuchung des Herrn Bouchardon gar nicht — im Laufe der Untersuchung des Herrn Pérès ebensowenig. Nicht ein Wort vom Präsidenten bei der Verhandlung! Kein Deut in der Anklagerede des Generalprokurators, welche die Anwendung der auf Verrat bezüglichen Artikel beantragt, nicht aber des Artikels, der nebelhafte Korrespondenzen mit dem Feinde bestraft. So besteht keine Möglichkeit für meine Verteidiger und mich selbst, zu zeigen, daß weder dem Recht noch dem Tatbestand nach der Artikel 78 auf mich anwendbar ist.

Ich verstehe wohl, was man wollte. Ich verstehe, daß man mein Wort fürchtete. Nach meiner Rede vom Mittwoch, dem 21. April 1920, die um sechs Uhr fünfzehn abends beendet war, vertagt sich der Gerichtshof, statt unverzüglich das Urteil zu fällen, wie ein Schwurgericht es getan hätte, bis zum nächsten Tage. Warum? Weil der Präsident zur allgemeinen Ueberraschung geltend macht, er habe die Fragen noch nicht abgefaßt, die zu stellen seien.

(Fortsetzung folgt.)

# Einheitsfront Deutschlands

## Als Diskussionsbeitrag

An drei Fronten haben die beiden großen Arbeiterparteien, die sozialdemokratische und die kommunistische Partei, ihre Einheitsfront geschlossen. Dreimal ist die Einheitsfront in defensiver Gefechtslage entstanden. An der Saar hat sich die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Nationalsozialismus gerüstet. Beiden Parteien kommt es mit vollem Recht vor allem darauf an, das letzte Stück deutschen Bodens vom Hitler-Terror frei zu halten und im Status quo den günstigsten Boden für den Kampf um ein freies Deutschland zu sichern.

In Frankreich hat die beiden Parteien das Bündnis gegen die Kampfverbände der Rechten, deren Offensive seit den Februarunruhen bedrohlich schien, vereint. Ein Minimalprogramm der Verteidigung „gegen Faschismus und Imperialismus“ ist angenommen worden, dem Verteidigungskampf dient die französische Einheitsfront.

Endlich haben die emigrierten Zentren der italienischen Sozialdemokraten und Kommunisten jetzt, zehn Jahre nach dem Sieg des Faschismus, eine Einheitsfront formiert.

In Deutschland kämpft immer noch die Partei der Zweiten Internationale neben der Partei der Dritten Internationale. Die illegalen Zeitungen beider Gruppen strotzen in den ersten Monaten von Beschimpfungen der Bruderpartei. Das beschämende, verhängnisvolle Spiel der zersplitterten Arbeiterklasse aus der Republik ging über in den Faschismus. Inzwischen sind jene Attacken ziemlich verschwunden, in der KPD-Pressen werden die sozialdemokratischen Genossen kaum mehr als „Sozialfaschisten und Klassenfeinde“ beschimpft, in den sozialdemokratischen Organen die Mitkämpfer von links selten noch als „Agenten Moskaus und Feinde Deutschlands“ verdächtigt. Die Verfolgungen des Regimes hatten den Antifaschisten mit aller Wucht eingehämmert, wo der Feind, der wirkliche Feind, steht.

Trotzdem haben beide Parteien noch keine gemeinsame Basis des Kampfes, keine Einheitsaktion, geschweige denn eine Einheitsfront gefunden.

Die Parteien arbeiten in ihren alten Formationen, ihren alten Gruppen weiter. Die sozialdemokratischen Illegalen stehen weiter in Kampfgemeinschaften, die von alters her, vom Reichsbanner, von der SAJ, von der Partei zusammengeschiedet sind. Nur sie lesen die illegale Presse, nur sie erledigen die illegalen Arbeiten. Zuvor indifferente oder nicht sozialistische Arbeiter finden fast nie Aufnahme in ihren Reihen, selbst wenn sie sich darum bewerben. Wo stärkere Reste sozialdemokratischer Gruppen nicht existieren, z. B. in den Universitäten, dem Kleinbürgertum, dringt die illegale Arbeit nur in sehr geringem Umfang vor. Vor allem aber wird der illegale Kreis abgeschlossen gegen die kommunistischen Gruppen.

Die Kampfziele beider Parteien im heutigen Deutschland sind durchaus gleich: das heutige System muß gestürzt werden, Lethargie der Massen zu Unzufriedenheit, Unzufriedenheit zu Haß, und Haß zu Aufstandswillen vorgetrieben werden. Das Klassenbewußtsein, das unter nationalsozialistischen Phrasen, unter der Propaganda des sozialen Rückschritts eingeschläfert ist, muß wieder erweckt, den Massen ihr Recht auf Freiheit, ihre Pflicht zum Kampf gegen die Unterdrückten klar gemacht werden.

Woran scheitert augenblicklich eine Einheitsaktion beider Parteien zum Sturz der Diktatur?

Sozialdemokratische Führer weisen vor allem auf die Unzuverlässigkeit des kommunistischen Apparates, auf seine Durchsetzung mit Spiegeln und Agenten hin. Sie behaupten (wir wollen gleich im Voraus zugeben: mit einigem Recht), daß die Opfer des Kampfes bei einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten steigen würden.

„Safety first“ scheint ihnen das oberste taktische Prinzip der illegalen Arbeit. Wir erinnern uns, im November 1932

den preußischen Innenminister a. D. Severing in einer sozialdemokratischen Kleinstadtversammlung gehört zu haben. Im Laufe seiner Rede verteidigte er sich gegen den Vorwurf, am 30. Juli leichtfertig die Macht Papen und der Reaktion ausgeliefert zu haben: „Hätte ich für unsere Ministersessel das Leben eines einzigen unserer braven Polizisten opfern dürfen?“ rief er aus. Eisiges Schweigen der Zuhörer antwortete dem zuvor stürmisch Umjubelten. Und die Entwicklung antwortete ihm mit seinem Untergang mit dem Tod hunderter seiner Genossen. Es ist dieselbe Tradition, dieselbe sozialdemokratische Tradition, die heute noch, im härtesten unterirdischen Kampf, in paradox gefährdeter Situation, vergißt, daß der Sieg nur errungen werden kann, wenn Opfer im entsprechenden Verhältnis zur Siegeschance riskiert werden.

Wir wissen, und wir würdigen es mit allem Ernste, daß in der Tat eine Einheitsaktion in Deutschland die Opfer der illegalen Arbeit vergrößern müßte, da die kommunistischen Apparate viel unzuverlässiger sind als die sozialdemokratischen. Aber illegale Arbeit ist aufgebaut auf dem Opferprinzip; und nicht die Zahl der Opfer, sondern der richtige Einsatz der Opfer, der Einsatz auf den Weg zum Sieg, legitimiert die Opfer.

Eine Fortsetzung des Kampfes im bisherigen starren Parteienfonds halten wir aber nicht für den besten Weg zum Sieg. Es muß endlich einmal ausgesprochen werden, daß unter den heutigen Verhältnissen die Illegalen der SPD, und größtenteils der KPD, nicht revolutionäre Politik treiben, sondern eine verbotene Partei fortsetzen. Beitragsmarken werden geklebt, gemeinsame Wanderfahrten übernommen. In der illegalen Presse interessiert jene Gruppen vornehmlich der Nachrichtendienst innenpolitischer und mehr noch außenpolitischer Art: man will informiert bleiben, man will die Stellungnahme des alten „Vorwärts“ in neuem Druck lesen. Aber man lehnt es scharfsten ab, über theoretische Fragen zu diskutieren, über die Klassenlage im Nationalsozialismus, über Bedingungen des Machtkampfes, über Forderungen an das kommende Deutschland. Man beknüpft sich mit den Parolen des Prager Parteivorstandes oder der hohen Funktionäre; nicht weil man sie immer noch billigt, ja als Offenbarungen hinnimmt, wie in einem Fehlschuß ihre Verfasser offenbar annehmen, sondern weil man erstens eingeschürrt ist in dem hergebrachten Parteidenken und weil man zweitens überhaupt nicht in der alten Gruppe, sondern nur in der neuen Aktionsseinheit das neue Programm, die neuen Forderungen findet und aufstellen könnte. Von kommunistischen Gruppen wird uns berichtet, daß umgekehrt die Lösung vom alten Parteiprogramm sehr stark durchgeführt sei. Junge Arbeiter, die stets alles Heil von der Diktatur des Proletariats erwarteten, lernen in der Diktatur Hitlers den Wert, den höchsten Wert der Freiheit kennen. Sie ziehen aus den heutigen Erfahrungen den Schluß, daß eine Diktatur in Deutschland keinen festen Boden finden könne, wenn selbst die nationalsozialistische Diktatur im Besitz der stärksten Machtmittel und einer starken Massenbasis, (wie sie beim Novemberplebisit als Höhepunkt des Regimes unzweifelhaft bestanden hat), dem Zusammenbruch immer näher treibt. Aber die kühle Ablehnung seitens sozialdemokratischer Gruppen schließt auch sie in ihrer alten Gruppe zusammen.

Die Einheitsaktion, die gemeinsame Arbeit über die Zwinger der alten Parteien hinaus, würde die Opfer der Illegalen vergrößern.

Aber noch größer als die Opfer wäre der Erfolg. Die illegale Arbeit schließt an sich ein Risiko ein; wer gegen den Nationalsozialismus kämpft, ist bereit, sich zu opfern. Selbstverständlich ist es, daß jene Opfer so gering wie notwendig bleiben müssen. So gering wie notwendig, um den Sieg zu

erringen. Illegale Arbeit ist die größeren Opfer wert, ist sogar „sicherer“, wenn sie schneller und besser und sicherer zum Ziele führt.

Was würde den Erfolg der Einheitsfront ausmachen, was würde den Erfolg ihrer Opfer gegenüber der heutigen Lage vergrößern?

Solange nur verbotene Parteien fortgeführt werden, stehen gegen das Regime nicht die revolutionären Kaders, sondern die Funktionäre und Genossen alter Gruppen. In ihrer alten Form sind sie von der Entwicklung überwunden, sie sind somit nicht die Kaders des Fortschritts. Gegen Hitler kann nur die Idee des wirklichen Fortschritts siegen. Abgedankten sozialdemokratischen Ministern, mögen sie auch umgelernt haben, glauben die Massen nicht mehr die Kraft zum Fortschritt. Die alte SPD, und die alte KPD, haben niemals zur Zeit ihrer legalen Existenz auch nur die Einheitsaktion zum Antritt gebracht. Würde sie heute gelinien, so wäre dokumentiert, daß die Klassen der Unterdrückten in neuer Formation zum Angriff vorgehen. Von der neuen, offensiven Bewegung würden auch die bisher indifferenten oder einzelgängerischen Gruppen der Unterdrückten erfaßt. Sie hatten keinen Anlaß, sich einer der beiden bankrotten Parteien anzuschließen, aber sie haben allen Anlaß, sich einer neuen Einheitsaktion gegen Hitler anzuschließen. Die bisherigen SPD- und KPD-Gruppen haben sich in ihren Unterständen eingebaut, sie können nur gelegentlich aus ihnen feuern. In der Einheitsaktion gingen sie zur Offensive vor, die alle Bundesgenossen mobilisierte. Diese Schau bereitete aber, mit neuen Erfahrungen und mit dem Ideengut beider Gruppen gerüstet, die neue Erkenntnis, die neue sozialistische Zielvorstellung vor.

Die bisherigen Gruppen haben nur erhalten, die neue Einheitsfront könnte und müßte gestalten. Sie müßte die neue Idee, den neuen Plan, das neue Programm des Sozialismus gestalten. Bisher waren die Gruppen eingespannt in die alten Formationen, und damit, aus dem Gesetz der Erhaltung und der Trägheit in die alten Mentalitäten. Die neue Einheitsfront würde beide Gruppen zwingen, eine Einheit auch in der revolutionären Schau des Heute und des Morgen zu finden. Diese Schau bereitete aber, mit neuen Erfahrungen und mit dem Ideengut beider Gruppen gerüstet, die neue Erkenntnis, die neue sozialistische Zielvorstellung vor. Beide Gruppen sind innerlich schon zu sehr losgelöst von der Vorstellung ihrer Parteizentren, auch wo sie noch ständig von ihnen gespeist werden. Würden jene äußerlichen Organisationsklammern gelockert, so würde zugleich die festgefahrene revolutionäre Idee befreit und wieder in den Strom revolutionären Lebens getrieben, der nach vorne geht.

Denn jener geistige Fortschritt würde erzwungen vom politischen Fortschritt der illegalen Einheitsarbeit. Streiks, Unzufriedenheitsaktionen, selbst Zettelkleben und „Auflockerungsdiskussionen“ würden an Schlagkraft gewaltig gewinnen, wenn sie in gemeinsamer Front, mit gemeinsamen Parolen, auf gemeinsame Erfahrungen hin, durchgeführt würden. Und jeder Erfolg wäre eine Stufe zum nächsten Erfolg.

Jene Einheitsfront muß sich von unten bilden. In Lüttich haben die Delegierten der illegalen deutschen SAJ, dem Einheitsfrontvorschlag der kommunistischen Jugendgenossen zugestimmt. Als Herr Ollenhauer, Mitglied des Prager Parteivorstandes, sein Veto einlegen wollte, verließ die gesamte deutsche Gruppe das Sitzungszimmer. Die Einheitsfront wird tatsächlich das Lehrstück der jungen sozialistischen Generation sein. Sie ist unbelastet von zwanzigjähriger Parteitaktik und Strategie, aber sie hat den entschiedenen Willen zum Sieg. Sie hat sich bereit erklärt, Opfer für ihre Sache zu bringen. Sie kann verlangen, daß jene Opfer in der zweckdienlichsten Weise eingesetzt werden. Sie kann verlangen, daß Führer, die sich selbst in etwas weniger selbstsicheren Tagen „nur als Treuhänder“ bezeichnet haben, nichts in den Weg legen, was ihren Marsch aufhalten und hemmen könnte.

Die deutsche Jugend, vom Regime geistig geknebelt, zur Zwangsarbeit verurteilt, wird zur Vorkämpferin der unterdrückten Klassen, denn sie selbst ist die jüngste unterdrückte Klasse des Nationalsozialismus. Ihr Weg beginnt mit der Einheitsaktion.

## Als Delegierter bei Thälmann

Mitte August fuhr eine größere ausländische Delegation nach Berlin, um Thälmann zu sprechen und sich über das Schicksal der eingesperrten Hitlergegner in Deutschland zu unterrichten. Es gelang den Delegierten allerdings nicht, Thälmann länger als eine Minute zu sehen, da man den Verhafteten schon nach seinen ersten Worten wieder entfernte. Die Erfahrungen der Delegierten in Hitlerdeutschland waren aber eindrucksvoll genug, um ihnen ein ausreichendes Bild von der Lage der politischen Gefangenen zu geben, da man sie selbst unter einem nichtigen Vorwand verhaftete und einige Tage eingesperrt hielt. Nach ihrer Freilassung wurden die Delegierten dann unverzüglich als lästige Ausländer ausgewiesen.

Wir geben im folgenden die interessante Schilderung eines Mitglieds dieser Delegation wieder, eines jungen französischen Sozialisten, der über seine Erlebnisse in Hitlerdeutschland bereits in einer Kundgebung des Pariser Befreiungskomitees für die eingekerkerten Antifaschisten Bericht erstattet hat.

Vom Augenblick unserer Ankunft im Hotel an waren wir Delegierten ständig unter Ueberwachung der SA- und SS-Leute. Der Führer unserer Delegation, die aus Engländern, Spaniern, Franzosen und Saarländern bestand, erklärte einem Beamten der Geheimen Staatspolizei unseren Wunsch, Thälmann zu sprechen. Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, man werde uns sofort ausweisen, sobald wir Thälmann eine Frage stellten, die dem Interesse der nationalsozialistischen Regierung widerspreche. Unter dieser Bedingung erklärte man sich bereit, Thälmann mit uns sprechen zu lassen.

Die SS-Leute führten uns in einen Raum und wir hofften mit dem Arbeiterführer sprechen zu können. Unsere Erwartung wurde jedoch enttäuscht. Man brachte zwar Thälmann, aber er konnte nur einige Worte sprechen, und wurde sofort wieder weggeführt. Als er uns sah, rief er nämlich, es sei sehr schlimm hier, und wurde darauf sofort wieder abgeführt. Wir versuchten Einwendungen zu machen, hatten aber keinen Erfolg damit. Man brachte uns sogleich zu einem höheren Beamten der Gestapo und von dort in ein anderes Hotel.

Wir machten dann einige Spaziergänge durch die Stadt, ständig unter Bedeckung unserer nationalsozialistischen „Ammen“, der SA- und SS-Leute. Wir machten die Feststellung, daß sich in der Stadt alle Leute mit dem Hitlergruß begrüßten, aber es fiel uns auch die beinahe auto-

matische Gleichgültigkeit und Freudlosigkeit dieser Bewegung bei den meisten Leuten auf. An uns vorbei zog eine Truppe Hitlerjugend, aus der es dauernd laut „Heil Hitler“ klang. Uns fiel die lärmende Heiterkeit dieser Jungen auf, denen die Vorübergehenden mit dem Hitlergruß begegneten.

Uns interessierten besonders die Arbeiterstraßen und es war außerordentlich auffällig, daß wir hier fast kaum den Hitlergruß hören konnten. An den Straßenecken sahen wir häufig Gruppen diskutierender Arbeiter, die mit verbissenen Gesichtern zu sprechen aufhörten, wenn wir mit unseren Bewachern vorübergingen. Sie hoben zwar die Hand, als der Führer unserer Wache sie mit Handaufheben und dem Hitlergruß ansprach, murmelten aber statt des Grußes nur etwas Unverständliches vor sich hin. Wir hätten gerne mit den Arbeitern gesprochen, aber unsere „Ammen“ erlaubten uns nicht, stehen zu bleiben. Wir hatten den Eindruck, daß diese Arbeiter, die wir sahen, unter einem furchtbaren Druck standen und es auch nicht gewagt hätten, mit uns zu sprechen. Sie sahen aus, als seien sie regelrecht durch die Furcht hypnotisiert. In einzelnen dieser Gruppen — wie man uns sagte waren es Arbeitslose — sahen wir SA-Leute stehen.

Da es uns natürlich nicht paßte, in geschlossenem Trupp ausgeführt zu werden und wir auch das sehen wollten, was man uns nicht zeigte, beschloßen wir, getrennt in einzelnen Gruppen auszugehen.

Am folgenden Tag nahmen wir in einem kleinen See außerhalb der Stadt ein Bad. Wir bemerkten, daß wir dauernd unter Beobachtung standen. Es war jedoch keiner unserer Beobachter bei uns. Als wir jedoch nach dem Bad im See ans Ufer zurückkamen, mußten wir die Feststellung machen, daß man unsere Kleider durchsucht hatte. In unseren Taschen hatten wir Postkarten mit dem Bilde Thälmanns. Wir hatten diese Karten in Paris auf irgendeiner Kundgebung des Befreiungskomitees gekauft und trugen sie, ohne uns dabei etwas zu denken, nach. Wir werden auf der Stelle, noch ehe wir uns ankleiden konnten, wegen angeblicher Antihitlerpropaganda verhaftet. Man brachte uns auf das Polizeirevier, wo wir die gleichen Beamten wiedersahen, die von Anfang an zu unserer Beobachtung ständig um uns waren. Man warf uns vor, mit diesen Karten Propaganda gegen Hitler gemacht zu haben, um die Massen gegen Hitler aufzuwecken.

Ein höherer Beamter der Geheimen Staatspolizei, mit dem wir kurz nach unserer Ankunft bereits gesprochen hatten, erklärte uns ironisch, wir bekämen jetzt ausreichende Gelegenheit, die Lage der in den Gefängnissen und Kon-

zentrationen eingesperrten Hitlergegner zu studieren. Wir hatten nämlich bei der ersten Besprechung den Wunsch geäußert, uns auch über die Lage der in den Konzentrationslagern eingesperrten Antifaschisten zu vergewissern. Wir seien nun in der Lage, erklärte uns der Beamte, festzustellen, wie es denen in Deutschland ergehe, die es wagten, das nationalsozialistische Aufbauwerk zu stören.

Wir waren nicht wenig erstaunt, vor allem über die rohe und heftige Sprache, die man mit uns führte. Wir wurden jetzt ins Gefängnis gebracht und zusammen — wir waren neun Personen — in eine Zelle gesperrt. Inzwischen war der Führer unserer Delegation über unser Ausbleiben beunruhigt und setzte sich mit dem französischen Konsul in Verbindung, der über unser Schicksal noch nichts wußte. Als der Leiter der Delegation nach der Rückkehr ins Hotel noch einmal Feststellungen über unser Ausbleiben treffen wollte, wurde er auch verhaftet.

Nachts, ungefähr gegen Mitternacht, hörten wir in der Zelle einen grauenhaften Schrei, der aus dem Gang drang und so furchtbar war, daß keiner von uns mehr schlafen konnte. Ein Mensch, der so schrie, mußte maßlos mißhandelt worden sein. Es klang wie ein Todesschrei. Ich werde diesen Schrei mein ganzes Leben lang nicht vergessen, so gräßlich klang er. Es wurde sofort wieder still und wir hörten keinen Laut mehr. Wir blieben wach. Wir hörten lediglich einige Klopfzeichen, die offenbar aus der Nachbarzelle kamen und die wir nicht verstanden.

Morgens gab man uns etwas wässrigen Kaffee und ein Stück Brot. Wir waren sehr hungrig, da wir seit dem Nachmittag des vorigen Tages nichts gegessen hatten. Dann führte man uns unter eine eiskalte Dusche und brachte uns dann auf die Polizeiwache. Hier erklärte man uns, man werde uns unverzüglich an die Grenzen bringen, uns ausweisen. Unser Geld, das man uns abgenommen hatte, bekamen wir nicht zurück.

Auf dem Bahnhof in Berlin hatte ich noch Gelegenheit, mich mit einem deutschen Industriellen, der fließend französisch sprach, zu unterhalten. Ich fragte ihn, was er von der hitlerbegeisterten Jugend in Deutschland halte. Gerade die Haltung der Jugend in Deutschland war für mich sehr interessant. Ich hatte den Eindruck, man sehe in Hitler einen „Gott der Schönheit und Kraft“, dem man dienen müsse. Gerade deshalb war die Antwort dieses Deutschen für mich sehr aufschlußreich. Er sagte wörtlich: „Sie sind wie eine Ochsenherde, die man auf die Straße getrieben hat. Jetzt gehen sie den Weg weiter, auch ohne daß man sie führt.“

# Pariser Berichte

## Entführt — von der eigenen Tochter!

Kindesentführungen sind nichts seltenes. Man denke nur an den schrecklichen Raub des kleinen Sohnes des berühmten Fliegers Lindbergh, dessen Entführer man soeben in New York in der 35jährigen Deutschen Richard Hauptmann verhaftet hat.

Daß aber eine Tochter ihren Vater entführt, dürfte schon nicht mehr zu den alltäglichen Geschehen gehören. Dieser einer Kinnszene würdige Fall ereignete sich soeben in der kleinen Stadt Mans. Der 89jährige Rentier Louis Michel hatte sich nach glücklich bestandener Operation in Begleitung seiner 48jährigen Hausangestellten, Frau Maria Genetais zu seinem Anwalt begeben, um mit diesem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Als er das Haus des Anwalts wieder verließ, wurde er von drei Männern überfallen, die den Greis auf Befehl einer Frau in ein vor dem Hause wartendes Automobil schleppten. Die Hilferufe der Hausangestellten verhallen ungehört, und es blieb dieser nichts übrig, als nachdem das Auto sich in schnellem Tempo entfernt hatte, die Polizei zu benachrichtigen. Die Entführerin des mehr als Achtzigjährigen ist die eigene Tochter, Fräulein Michel, die mit ihrem Vater verfeindet war.

Herr Michel besitzt in Mans ein Haus, dessen Mieten er seiner Tochter zur Verfügung gestellt hatte. Sie sollte von dem Ertrag außer ihrem Lebensunterhalt die Unterhaltskosten für das Haus bezahlen. Sie aber bezahlte nichts, sondern verbrauchte das ganze Geld für sich. Daher ordnete der alte Herr an, daß sie keine Mieten mehr kassieren dürfe. Die Folge davon waren heftige Szenen zwischen Vater und Tochter, und die weitere Folge dürfte die Entführung des alten Vaters sein. Das Auto, in dem der Greis entführt wurde, trägt die Nummer 2295 Rg oder RB 1. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wer der Besitzer des Wagens ist, auch weiß man noch nicht, wer die drei Männer sind, die sich an dem Handstreich beteiligten. Ebenso wenig konnte bisher ermittelt werden, wohin sich die Entführerin mit ihrem Opfer gewandt hat.

## Der Bock als Gärtner

Nun hat auch Lille seine Skandalaffäre. Mittwoch nachmittag kam wie gewöhnlich der Pariser Zug in Lille an, aber die Bewillkommung der Reisenden war etwas ungewöhnlich. Einer der Waggons wurde in schärfster Weise, ehe die Reisenden aussteigen konnten, von der Polizei abgesperrt. Sechs der Reisenden fühlten sich in ihrer Haut nicht behaglich, denn ihnen galt diese überraschende Maßnahme. Einer von ihnen war ein ziemlich umfangreiches Paket durch das Wagenfenster auf den anderen Schienenstrang. Aber auch diese Uebererraschung schien im Programm der Polizei vorgesehen, denn ein auf diesem Schienenstrang postierter Beamter nahm das Paket in Empfang. Es enthielt für 200 000 bis 300 000 Franken falsche Stempelmarken. Von den sechs Reisenden, denen dieser Empfang galt, versuchten zwei zu entfliehen, aber auch die wurden sofort wieder gefangen und mit ihren vier anderen Komplizen unter schärfster Bedeckung mit Handfesseln zur Polizeiwache zur ersten Vernehmung gebracht.

Was war geschehen? Die Polizei mußte einen ihrer eigenen Beamten als Verbrecher entlarven und festsetzen. Dieser, der Inspektor Mariani war 1925 in den Verwaltungsdienst der Polizei eingetreten und seit 1928 Polizeinspektor in Lille. Er führte dort ein ungewöhnlich luxuriöses Leben, das zu seinen Einkünften als Polizeinspektor in keinem Verhältnis stand. Er besaß eine Geliebte, für die er viel Geld ausgab und ein eigenes Auto, er war ständiger Rennbahnbesucher, wo er mit Leidenschaft am Totalisator wetterte. Man hatte ihn schon lange im Verdacht, daß er einen Teil seiner großen Geldausgaben durch Erpressungen der Buchmacher von Lille bestritt.

Inzwischen aber hatte man festgestellt, daß große Mengen falscher Stempelmarken in Umlauf waren, und bald glaubte man als deren Verreiber den Inspektor Mariani ansehen zu können, für den sich so eine weitere, ungeheuer große Einnahmequelle erschloß. Die Polizei forschte weiter. Und als Mariani gegen seine bevorstehende Verurteilung nach Reims persönlich, wie er angab, Protest bei der Sureté Nationale einlegen wollte und zu diesem Zwecke nach Paris fuhr — in Wahrheit galt die Reise der Herausbringung weiterer falscher Stempelmarken, wie das von seiner Hand bei seiner Verhaftung aus dem Zuge geschleuderte Paket beweist —, da beschloß die Polizei zuzugreifen und den Uebelthäter und seine Komplizen zu verhaften. Die ganze Skandalaffäre scheint sich nicht auf Lille allein zu beschränken, sondern es dürften in sie noch weitere Kreise in Paris und anderen Orten Frankreichs verwickelt sein.

## Entmenschte Eltern

Die „Deutsche Freiheit“ hat schon oft von jenen unglücklichen kleinen Wesen, von jenen Kindern berichtet, die von ihren eigenen Eltern und den Erziehungsberechtigten in rohester Weise mißhandelt und gequält werden. Tierquälerei wird mit Recht sehr streng bestraft. Aber wenn ein Hund, der irgendeine Unart begangen hat, mit der Leine auf

offener Straße gezüchtigt wird, oder wenn jemand sich die Belästigungen durch einen fremden Hund in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf der Straße verbittet, so kann man sicher sein, daß sich das Publikum, das solchen Szenen beiwohnt, sehr darüber aufregt und das Tier unter allen Umständen schützt. Dasselbe Publikum aber läßt es zu, daß Kinder jahrelang gequält und gemartert werden, ohne daß irgend jemand wagt, zum Schutze dieser Kinder etwas zu unternehmen.

Diese Tatsache hat sich erst kürzlich wieder in Paris im La Chapelle-Viertel herausgestellt, wo der Polizeikommissar des Stadtteils durch zwei anonyme Briefe Kenntnis von den unsagbaren Leiden der drei Kinder des Eisenarbeiters Gaston Darnis erhielt, die in einem Zimmerchen eines kleinen Hotels eingesperrt seien. Die Polizei ging der anonymen Anzeige nach, und fand die kleine zehnjährige Jacqueline ebenso wie ihre acht- und siebenjährigen Brüder René und Gaston in einem bejammernswerten Zustande. Die Körper der Kinder waren mit Striemen und blutunterlaufenen Flecken bedeckt, die beiden Knaben hatten zerbrochene Nasenbeine und das kleine Mädchen ein stark geschwollenes und von Blut unterlaufenes Auge. Alle drei Kinder, die in einem außergewöhnlich ernsten Zustand körperlicher und seelischer Verkommenheit waren, wurden der Kinderhilfe anvertraut.

Die unnatürlichen Eltern zeigten weder Reue noch Mitleid, und die Nachbarschaft hatte Jahre lang den Mißhandlungen zugesehen und keine Hand gegen das entmenschte Paar erhoben aus Furcht vor den Rohheiten des Eisenarbeiters.

Der zweite Fall von Kindesmißhandlung ist noch grausiger als der geschilderte. Er spielt in April. Hier aber waren die Nachbarn beherzter und machten dem entsetzlichen Treiben einer offenbar sadistischen Mutter schnell ein Ende. Die zweiundzwanzigjährige Bäuerin Allusse liebte es, ihre drei Jahre alte Tochter Simone, wie sie den Polizeibeamten zynisch gestand, in grausamster Weise zu mißhandeln und ihr das Gesicht mit Exkrementen voll zu schmieren. Dann schlug sie das Kind in unvorstellbarer Art. Das Gesicht des kleinen Mädchens ist hochgeschwollen, und der ganze kleine Körper zeigt braune Flecken und Verwundungen, die von den grausamsten Schlägen herrühren. Diese widernatürliche Mutter begnügte sich aber nicht mit Mißhandlungen. Oft tauchte sie das Kind in riskantes Wasser oder hielt den Kopf des Kindes unter Wasser und versuchte es zu ertränken. Auch sperrte sie das Kind mit einer Zuchtsau zusammen in einen Stall, in der Hoffnung, daß es von der Sau aufgefressen würde. Die Beamten waren derart empört über die Erzählung der Frau, die in all diesen Schrecklichkeiten eine Befriedigung ihrer Leidenschaften fand, daß sie die Megäre sofort verhafteten. Das Kindchen, das in einem bejammernswerten Zustande ist, wurde der Kinderhilfe zugeführt.

## BRIEFKASTEN

**Katholische Fejlerin.** Der von Ihnen eingeladene Notiz aus der katholischen Saarbrücker „Völkischzeitung“ entnehmen wir: „Neurdingen werden genauere Angaben bekannt über die Verurteilung kirchlicher Gebäude und Anstalten durch die marxistischen Glaubensfeinde in Spanien. Die Zahl der Kirchen und Klöster, die dort durch Brandstiftung und Dynamit zertrübert wurden, betrug im Jahre 1931: 55, im Jahre 1932: 51, im Jahre 1933: 30. Dieses Verhörswort des Marxismus in einem katholischen Lande beleuchtet in recht bemerkenswerter Weise die ebenso naive wie ergebnislosen Anstrengungen, die derlei Sozialismus gegenwärtig im Saargebiet macht, um in der Rolle eines Hüters der Kultur und religiösen Freiheit glaubwürdig zu erscheinen.“

Was wir dazu sagen? 1. müssen wir nicht, ob die Angaben stimmen, 2. wird kein Beweis dafür erbracht, daß die Verurteilungen dem „Marxismus“ zur Last fallen, denn solche Zeitungen pflegen es nach der Regel zu halten: Was man nicht definieren kann, das läßt man als Marxismus an, 3. beschuldigt das Saargebiet nicht, sich an Spanien anzuschließen, 4. würde das Blatt in große Verlegenheit kommen, wenn es nachweisen könnte, wo und wann irgendwo unter dem „Marxismus“ in Deutschland auch nur eine einzige der blutigen Untaten und Schandtatigkeiten gegen den Katholizismus vorgekommen ist, die sich unter dieser losen Deckung ereignen haben und noch ereignen. Das Blatt ist eben nicht katholisch. Es ist eine Fejersche und kein Glaubensbekenntnis.

**„Aus dem Gau.“** Ihr sendet uns folgende Notiz aus der saarländischen „Deutschen Front“ ein: „Eine Frau aus Völklingen, die jahrelang unserer Familie die Mutter lieferte, starb schon immer über ihren im Jahre 1918 erteilten Anstaltsbesuch an Frankreich. Nun kam es, daß ihr Sohn zum Militär einrücken mußte. Was sie mit ihm erlebt hat, scheint der Vermutung recht zu geben, daß die Völklinger als Soldaten zweiter Klasse betrachtet werden. Der Sohn kam nach einem kurzen Urlaub in die Garnison Metz zurück. Eine Krankheit plagte ihn, so daß er zum Dienst unfähig war. Man zwang ihn trotzdem dazu. Bei Ausübung des Dienstes mußte er ins Wasser steigen. Er glug unter und man dort hin, nachdem ich nun nicht mehr verfehlen ließ, daß er wirklich krank war, und schickte ihn ins Hospital.“

Die arme Mutter! Das Kind ist beinahe wie eine Gefangene aus einem deutschen Konzentrationslager. Nur mit dem Unterschied, daß man dort den „Staatsfeind“ hätte ertränken lassen, um ihn die Kosten und die Mühe einer Krankenhausbehandlung zu ersparen.

Wie mehrere wie die Kerpersch meldet, sind außer dem früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Kühler u. a. aus dem Konzentrationslager entlassen worden der Schriftsteller Klaus Neumann und der Kommunist Oberdörfer. Nicht amnestiert wurden der ehemalige sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien, Videmann, der bekannte Pazifist Kühler, der Rechtsanwalt Vitien und die kommunistischen ehemaligen Abgeordneten Stoeder, Albert Kunz und Geisler.

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Der „Neue Vorwärts“ ist das über Deutschland am besten informierte Wochenblatt und infolge seiner Stellung als Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie von besonderer Bedeutung. Er berichtet wahrheitsgemäß und kämpft gegen Barbarei und Faschismus. Er erscheint seit Juni 1933 in Karlsruhe, wird in Frankreich in Zeitungskiosken, Bahnhof- und Untergrundbahnbuchhandlungen verkauft.

### Nummer 67 erschienen

Bezugspreis: 1 Jahr 62 Fr., 6 Monate 35 Fr., 3 Monate 18 Fr.

### Probenummern gratis

Annahme von Abonnements und Inseraten:  
**Boris Skomorowsky**  
141 rue Broca — Paris (13<sup>e</sup>).  
Postcheckkonto: Paris 126098

## Das rote Schweden

### Stimmzahlen des sozialdemokratischen Sieges

Nun liegen auch die Berichte über die am vergangenen Sonntag in Schweden bei den Landtagswahlen von den einzelnen Parteien erstellten Stimmzahlen vor:

Sozialdemokraten	682 000 (+ 108 000)
Bauernpartei	279 000 (+ 51 000)
Konservative	372 000 (— 17 000)
Volkspartei	207 000 (+ 6 000)
Linkssozialisten	58 000 (+ 20 000)
Wochen-Kommunisten	42 000 (+ 24 000)
Nationalsozialisten	8 000

Zum Vergleich wurde die Stimmzahl bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1930 genannt.

Der Stimmengewinn der Sozialdemokraten ist noch größer als der bei den Reichstagswahlen im Jahre 1932, die die sozialdemokratische Regierung in den Sattel hoben. Der sozialdemokratische Stimmenanteil auf dem flachen Lande hat diesmal 41,5 Prozent betragen, während der Stimmenanteil mit den großen Städten im Jahre 1932 41,7 Prozent war. Wenn man in Rechnung stellt, daß es in den großen Städten wie Göteborg, Norrköping, Gelsingborg, Stockholm u. a. große sozialdemokratische Mehrheiten gibt, tritt der Vormarsch der Sozialdemokraten auf dem flachen Lande erst richtig in Erscheinung. Da die Provinziallandtage und die Gemeinderäte die Abgeordneten der Ersten Kammer wählen, werden die Sonntagswahlen zum Erstenmal haben, daß in Zukunft die Sozialdemokraten in der Ersten Kammer von 150 Sitzen nicht weniger als 71 einnehmen werden. Sie haben in 8 von den 24 Provinziallandtagen die absolute Mehrheit.

## Nervosität in Spanien

### Erste revolutionäre Vorbereitungen oder ein spanischer „Reichstagsbrand“

Madrid, 22. Sept. Die Polizei hat — nach amtlichen Berichten — in den letzten Tagen die Beschlagnahme gefehlter Waffenlager im ganzen Lande fertiggestellt und vor allem in Madrid einige erfolgreiche Aktionen durchgeführt, die erkennen lassen, daß es sich in der Tat um recht umfangreiche revolutionäre Vorbereitungen handelt, an denen offenbar außer den Sozialisten und Kommunisten auch Kreise der republikanischen Studentenschaft beteiligt sind. Zwar fördern die Durchsuchungen auch gelegentlich Waffenbestände im Besitz von Monarchisten zu Lae, doch scheinen die Behörden das Hauptgewicht auf die Aufdeckung der linksrevolutionären Umtriebe zu legen, da die Gefahr von dieser Seite zweifellos als die entschieden größere angesehen wird.

Von Stunde zu Stunde steigt die Nervosität. Die Gerüchte von einem unmittelbaren bevorstehenden Umsturzversuch und der Errichtung einer Militärdiktatur behaupten sich hartnäckig und finden ihre Nahrung in der offiziell nicht bekämpften Tatsache, daß Generäle heimliche Versammlungen abhalten. Der Minister des Innern erklärt, es bestehe kein Grund, für die Sicherheit des Staates zu fürchten. Die Regierung halte alle Fäden in der Hand und sei allen Eventualitäten gewachsen.

Der verschärfte Ausnahmezustand ist bisher nicht verhängt worden. Seine Verhängung würde nach der Verlesung die Forderung des Cortes innerhalb von acht Tagen erfordern. Man glaubt auch, von einem solchen Schritt absehen zu können, da der Zusammentritt des Parlaments ohnedies am 1. Oktober erfolgt. Die rechtsstehende Presse fordert jedoch seine sofortige Einberufung, damit die Verfassung derjenigen Abgeordneten, die unter dem Verdacht stehen, an den Vorbereitungen zu einer Erhebung beteiligt zu sein sowie möglichst auch das Verbot der sozialistischen Partei ausgesprochen werden könne.

## Innerdeutsche Völkerwanderung

### Wieder 200 000

Wiesbaden, 22. Sept. Zum Reichserntedankfest am Bückeberg hat die Reichsbahn rund 200 000 Teilnehmer hin- und zurückbefördert. Neben den Regelmäßigen, zahlreichen Vor- und Nachzügen sind für die Beförderung 174 Sonderzüge vorgefahren.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Fiß in Düsseldorf; für Inserate: Otto Kubn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkswille GmbH, Saarbrücken 2, Eißengasse 5, am Südfeld 70 Saarbrücken.

**Berühmte Hellseherin**  
**Mme Maria ZENI**  
Dr. ès-sciences occultes.  
Astrologie, Chiromancie  
Cartomancie, Psychoanalyse  
spr. alle geläufig deutsch

62, rue de la République, 6. Hbf. Tr. C. 2, Stock rechts.  
Täglich 2-7 Uhr außer Donnerstagen — Metro — Pige 10

**Chirurg.-Mediz. Klinik Dr. Ettinger**  
164ter Avenue de Neuilly, NEUILLY-sur-Seine, Tel.: Maillot 95-50. — Ständiges Betten.  
Dauernder ärztlicher Tag- und Nachtdienst, Konsultation erster Professoren — Stationskrankhe pro Tag ab 10 Fr. Entbindungen, Gewissenhafte Behandlung, jeglicher Kom. Kabinett für X- und ultraviolette Strahlen. Lichtbäder, Teilweise und ganze Enttückungskur. — Hochfrequenz, Diathermie.  
Persönliche oder schriftliche Auskünfte auf Wunsch

**Inseratenannahme**  
FÜR STRASBOURG  
**Librairie Populaire**  
2, RUE SEDILLOT 2  
HINTER DER BORSE

Wer sich als **REISENDER**  
eine glänzende Zukunft  
sichern will, der melde  
sich am Montag, dem  
24. September 1934, bei  
„JABEA“  
Saargemünd, Bahnhofstraße 16

Schweizerisches und deutsches  
Wurstwarengeschäft  
Geehrentschke, Konditorei, Weine und Liköre  
**Produits Schmid**  
72, Boulevard de Strasbourg, 5, rue St. Laurent  
Paris, bei Mars de l'Est  
Telefon 4 Linien vermischt unter 8072815 09-17